

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 44



VOR DER WAHL
Hofers rhetorische
Tricks

EU FINANZIERT
IHRE GEGNER
Geht das?

POPULISMUS
WEISSCHWARZ
PARANNOIA

Die Anti-Demokraten
auf dem Vormarsch



Magazin für Menschenrechte 3/2016, September bis November 2016, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zöllergasse 15/2, A-1070 Wien, www.sosmitmensch.at

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existentielle Überleben.



Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Populismus – Glauben wir wirklich alles?

P Liebe Leserin
Lieber Leser

Populismus hat einen ganz entscheidenden Nachteil für seine VerfechterInnen. Er ist kein Regierungskonzept. Wer mit polemischen Querschüssen, der Versprechung simpler aber emotional besetzter Lösungen und einer Sündenbockpolitik eine bessere Zukunft verspricht, wird bald auch diejenigen enttäuscht haben, die bereit waren, alles zu glauben. Jedes der europäischen Mitgliedsländer plagen mittlerweile solche falsche Heilsbringer, sie werden durch die Auswirkungen der Finanzkrise und das Flüchtlingsleid noch angefeuert. Österreich hatte mit Jörg Haider die ansonsten gerne zitierte Vorreiterrolle. Heute gibt es viele Epigonen. Doch nicht jeder Populist, nicht jede Populistin an der Spitze dieser überall aufpoppenden Bewegungen ist ein *simple mind*, der im Ton der dauerhaften Empörung seine Rhetoriken abspult. Dem Publikum fällt es oft schwer, berechtigte Kritik von rechtsideologischer Programmatik zu trennen. Das Ressentiment ist fixer Bestandteil dieser Politik, ebenso wie der Hang zur Verschwörung. Schuld haben immer die Anderen. Wir haben in dieser Ausgabe versucht, dieses gar nicht mehr so neue, wiewohl beunruhigende Phänomen zu begreifen.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Illustration: Eva Vasari



Foto: Patrice Normand



Foto: ATV/Novotny

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 PAKT GEGEN TERROR

Terroristen wollen blinde Wut und Frontenbildung provozieren. Populisten unterstützen sie dabei.

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Populismus

8 DIE PSYCHOLOGIE DES POPULISMUS

Die Psychiaterin Elisabeth Skale über den Versuch, zivilisatorische Leistungen unserer Gesellschaft auszuhebeln.

Interview: Kathrin Wimmer

12 BREXIT SEI DANK

Das Brexit-Votum war ein unerwarteter Erfolg populistischer Politiker, aber nun ist ein sanfter Stimmungswandel zu verzeichnen.

Text: Muhamed Beganovic

15 EU FINANZIERT IHRE GEGNER

Viele rechtspopulistische Parteien lehnen die EU ab, nutzen aber ihren Sitz im Europäischen Parlament. Geht das?

Kommentar: Karin Liebhart

16 „IHR KÖNNT NICHT GLAUBEN, IHR WÄRT DAS VOLK“

Linke Bewegungen wie Podemos und Nuit Debout klingen oft wie Rechtsradikale, sagt der Soziologe Didier Eribon.

Interview: Felix Stephan

21 IMPRESSUM

23 DAS IST KAMPF-RHETORIK

Die Rhetorik von Populisten ist niemals auf Dialog ausgerichtet. Das zeigt auch der Anwärter auf das Amt des Bundespräsidenten Norbert Hofer.

Kommentar: Walter O. Ötsch

28 POLITIK ALS PULVERFASS

In England ermordete ein Mann die Labour-Abgeordnete und Brexit-Gegnerin Jo Cox mit den Worten „Britain first!“.

Erleben wir nun die Früchte des rechten Populismus?

Text: Sonja Dries

30 DIE AUSROTTUNG DES ALPENLANDES

Wie empfänglich sind wir für Verschwörungstheorien?

Text: Zoran Sergievski

32 DIE GROSSE GELD-VERSCHWÖRUNG

Schaffen Banken Geld aus dem Nichts und zwingen uns allen einen Mühlstein aus Schulden auf?

Text: Beat Weber

Welt

34 IN DIE IRRE GEFÜHRT

In Oberösterreich hat die schwarzblaue Landesregierung die Mindestsicherung für Asylberechtigte auf 560 Euro gekürzt. Können sie damit auskommen?

Text: Alexander Pollak

Rubriken

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Bist Du neidisch aufs Notquartier?

Philipp Sonderegger: Erdogan-Demos

Clara Akinyosoye: Auf dem rechten Auge blind

40 COMMUNITY NEWS

Neues aus den muslimischen Gemeinden.

Text: Ibrahim Yavuz

41 SPOTLIGHT

Schlafen im öffentlichen Raum verboten.

Text: Teresa Wailzer

42 MEDIEN

Bücher: Ungehörte Stimmen; Der heilige Krieg; Willkommensstadt.

45 SOS MITMENSCH

Gegen Hass im Netz wehren; 30 Fragen und Antworten zu MuslimInnen und Islam.

46 ANDERE ÜBER ...

Franz Fischler meint: Der Bundespräsident muss eine Integrationsfigur für alle ÖsterreicherInnen sein.

bezahlte Anzeige

Servicestellen im Überblick

ÖSTERREICHWEIT - KOSTENLOS - BARRIEREFREI

sozial
MINISTERIUM



Service für Bürger und Bürgerinnen

Mo bis Fr 8:00 bis 16:00 Uhr

Tel.: 01 711 00-86 22 86

Fax: 01 711 00 14 266

Mail: buergerservice@sozialministerium.at



Broschürenservice

Broschüren-Bestellservice

Mo bis Fr 8:00 bis 16:00 Uhr

Tel: 01 711 00-86 25 25

Mail: broschuerenservice@sozialministerium.at



sozialministerium.at



www.sozialministerium.at/broschuerenservice

Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr, Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at



SCHARENET

Ver mehrt
Schö nes!

ERSTE BANK
Mehr WERT Sponsoring

Das Südwind-Magazin hat viele Seiten.

Warum nicht einfach aufbrausen?
Den Kopf in den Sand zu stecken,
schadet nur der Frisur.

3x
Südwind-Magazin
3,– EURO



Wir schreiben Klartext in Sachen internationale Politik, Kultur und Entwicklung. Lesen Sie das Südwind-Magazin und erfahren Sie mehr: Seit über 35 Jahren stellen wir Menschen, Sichtweisen und Themen in den Mittelpunkt, die von anderen Medien vernachlässigt werden.

Werden Sie **weltbewusst** und informieren Sie sich darüber, was wir vom globalen Süden lernen und bei uns im Norden ändern können. Engagieren Sie sich mit uns für ein neues, faires Verhältnis zwischen Nord und Süd. Mit einem **Abo des Südwind-Magazins** machen Sie den ersten Schritt. Wissen ist immer ein Gewinn!

3 Monate Südwind-Magazin lesen für nur € 3,-

Südwind

magazin

Internationale Politik, Kultur und Entwicklung

Welcher Abo-Typ sind Sie?

Normalabo: € 42,- StudentInnen € 28,- SchülerInnen € 16,- Förderabo In- oder Ausland 84,-

www.suedwind-magazin.at/abo www.suedwind-magazin.at/abogeschenke

Südwind-Magazin, Laudongasse 40, 1080 Wien, abo@suedwind.at +43 1 405 55 15

HANDLUNGSBEDARF

Pakt gegen Terror

Terroristen wollen uns Alltag, Vertrauen und Zuversicht rauben und sie wollen blinde Wut und Frontenbildung provozieren. Populisten unterstützen sie dabei. Dagegen müssen wir uns wappnen.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Die im Namen der Terrormiliz IS in Europa durchgeführten Anschläge haben Wirkung gezeigt. Sie haben mehr als 200 Menschenleben gekostet, viele verletzt und viele für ihr Leben geschockt. Sie haben Angehörige in tiefe Trauer gestürzt und in der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreitet. Und sie haben Misstrauen und auch Hass geschürt.

Fatal sind jedoch nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen der Gewaltakte. Fatal ist auch, dass die Terroristen auf zahlreiche Akteure zählen können, die den Terror zwar scharf verurteilen, zugleich aber daran arbeiten, die Wirkung der Taten der Terroristen zu verstärken.

Dazu zählen all jene, die in sozialen Netzwerken vorschnell Gerüchte streuen oder gezielt Falschinformationen verbreiten. Damit verstärken sie Ängste und provozieren teils gefährliche Panik.

Die Wirkung des Terrors verstärken aber auch jene Medien, die von Tragödien leben. Ihr Geschäftsmodell ist es, Ereignisse, die emotional berühren, so weit auszuschlachten wie nur irgendwie möglich. Dazu gehört, dass sie auch in Zeiten, in denen kein Terror stattfindet, den Eindruck vermitteln, dieser setze sich fort: indem sie jede Terrordrohung zur Schlagzeile machen und sämtliche im öffentlichen Raum stattfindenden Gewaltakte als mutmaßliche Anschläge *gebrandet* werden.

Zu Akteuren, die die Taten der Terroristen verstärken, gehören schließlich auch jene, die alles daran setzen, um politisches Kleingeld aus den Anschlägen zu beziehen. Schlimmer noch, einige wollen sogar genau das, was auch die Terroristen wollen, nämlich, dass die Gewaltakte einen nachhaltigen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben. Blinder Hass und eine unüberbrückbare gesellschaftliche Frontenbildung, das ist ihr Ziel.

Falsche Infos gestreut

In Österreich ist es die FPÖ, die terroristische Taten, aber auch Taten, die keine Terrorakte sind, dafür missbraucht, um zu polarisieren und die kollektive Frontenbildung gegen MuslimInnen voranzutreiben. Nach dem Amoklauf in München, von einem rechtsextrem eingestellten Jugendlichen verübt, versuchten Strache & Co die Bevölkerung entgegen der Faktenlage davon zu „überzeugen“, dass dieser Amoklauf die Tat eines radikalislamistischen Terroristen gewesen sei. Gleiches geschah bei der mörderischen Amokfahrt eines mutmaßlich psychisch Kranken in Graz und bei einer tödlichen Messerattacke eines mutmaßlich psychisch Kranken in London. Jeweils versuchte die FPÖ-Führung das Ereignis in ihr Projekt der radikalen Frontenbildung zu integrieren.

Was ist also zu tun? Nach Terrorangriffen

Wut und Angst unterdrücken? Das wäre der falsche Weg. Wut ist angebracht: Wut auf die Täter, Wut auf ihre Hinterleute. Aber Wut muss, im Gegensatz zum Mitgefühl mit den Opfern und ihren Angehörigen, Grenzen kennen. Denn Ziel der Terroristen ist es, für eine Entgrenzung von Wut zu sorgen. Sie wollen eine Wut, die nicht mehr zwischen Tätern und Unschuldigen unterscheidet. Sie wollen eine Wut, die zu einer Spirale des Misstrauens, des Hasses und der Frontenbildung führt. Wenn diese Wirkung erreicht wird, triumphiert der Terror.

Dagegen müssen wir uns wappnen. Ein Pakt gegen den Triumph des Terrors könnte folgendermaßen lauten: „Wir sind wütend auf die Terroristen, die Menschen ermorden und verletzen, die Trauer und Verzweiflung hervorrufen und die Angst und Schrecken verbreiten. Wir sind wütend auf die Hinterleute dieser Terroristen. Aber wir werden uns nicht in undifferenzierten Hass treiben lassen. Wir werden unsere Wut nicht gegen Unschuldige richten. Wir werden Widerstand gegen die von den Terroristen gewollte Frontenbildung leisten. Wir werden daran festhalten, zu differenzieren und die Menschenwürde zu achten. Und wir werden uns weiterhin für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion.“



Elisabeth Skale ist Psychiaterin, Psychoanalytikerin und seit Jahren in der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung (WPV) tätig.

DIE PSYCHOLOGIE DES POPULISMUS

Lassen sich Wähler populistischer Parteien argumentativ überzeugen? Die Psychiaterin Elisabeth Skale über ungezügelte Emotionen, verfehlte Leistungsansprüche und den Versuch, zivilisatorische Leistungen unserer Gesellschaft auszuhebeln.

Interview und Fotos: Kathrin Wimmer

Viel wird diskutiert über die Verschiebung der WählerInnen hin zu rechtspopulistischen Parteien. Sehen Sie abseits der politischen Themen eigentlich eine Psychologie des Populismus?

Mir fällt auf, dass Rechtspopulisten zuerst immer Angst schüren und danach sehr einfache Antworten anbieten. Dabei werden Ängste angesprochen, von denen man weiß, dass sie in allen Menschen vorhanden sind. Jeder hat Angst vor Fremdem und Fremden. Es gibt in allen so etwas wie Neid auf andere, denen es besser geht, es gibt Angst vor Übergriffen und vor Aggression. Diese Ängste sind unbewusst ständig in uns anwesend, genauso wie die eigene Aggression. Diese Affekte sind auch ein wichtiger Motor für unsere Kultur und Zivilisation. Um menschlich zu sein, haben wir moralische und ethische Grundsätze formuliert und versuchen, diesen zu entsprechen. Um ursprüngliche Gefühle wie Neid, Eifersucht, Aggression und Missgunst zu bekämpfen, haben wir uns Regeln auferlegt und Gesetze erlassen. Das ist die Funktion der Erziehung und der Zivilisation und ich glaube, in diese Dynamik stoßen populistische Redner und versuchen diese zivilisatorische Leistung aufzuweichen und auszuhebeln.

Worauf zielen rechtspopulistische Parteien dabei ab?

Sie erzeugen Angst, um danach ‚unzivilisierte Lösungen‘ anzubieten. Das heißt, alles das, was wir uns verbieten, sprechen sie aus. Durch die Angst, die erzeugt wird, entsteht eine Gruppe von gleichgesinnten ZuhörerInnen und ‚Populisten‘ können sich an die Stelle dessen setzen, was wir in der Psychoanalyse als Über-Ich oder als innere, moralische Instanz verstehen. Dadurch

UM NEID, AGGRESSION UND MISSGUNST ZU BEKÄMPFEN, HABEN WIR UNS REGELN AUFERLEGT.

können sie dem Einzelnen vieles erlauben, was er sich üblicherweise verbietet, oder was man auch Kindern verbietet, wie neidisch, aggressiv und missgünstig zu sein, Schwächere schlecht zu behandeln, auszuschließen und auszugrenzen oder gar sie zu verletzen oder im Extremfall zu töten.

Freud hat das sehr schön in seiner Arbeit ‚Massenpsychologie und Ich-Analyse‘ beschrieben: es kommt zu einer Verbindung zwischen Einzelnen, durch eine gemeinsame Idee oder eine gemeinsame Angst, wo-

durch eine ‚Masse‘ gebildet wird, und die Masse delegiert dann ihre Gewissensfunktion an den Führer. Die Mitglieder wollen einerseits alle so sein wie dieser Führer und andererseits kann er sie auch von jeglichen Gewissensbissen und Zweifeln erlösen, indem er sagt: ‚Das ist in Ordnung, weil aus dem und dem Grund können wir hemmungslos jemanden anderen als schlecht, stinkig und minderwertig klassifizieren und entsprechend handeln. Das widerspricht nicht unseren Grundsätzen.‘ Im Gegenteil, alle die, die ethische Grundsätze aufrechterhalten, werden dann üblicherweise diffamiert und als naive Gutmenschen bezeichnet, die schon sehen werden, wie sie untergehen, wenn das Böse oder Fremde Überhand nehmen wird.

Auf diese Art der ‚Gewissensentledigung‘ scheinen viele gewartet zu haben.

Wir alle haben etwas Fremdes in uns, nämlich all das, das uns nicht bewusst ist und vor dem wir uns alle fürchten. Wir fürchten uns vor unbewussten Wünschen, vor aggressiven, letztlich auch vor unseren sexuellen Wünschen. Eine Möglichkeit, mit dem Fremden in uns umzugehen, wird oft praktiziert, indem alles Aggressive und Sexuelle

in die Anderen, in die Fremden hineingedacht wird. Durch diesen Prozess sind dann die Fremden die Aggressiven oder die sexuell Gefährlichen, die eindringen, alles beanspruchen und ‚die Frauen wegnehmen‘. Wobei die Gruppe der ‚Fremden‘ jeweils von den Populisten oder Diktatoren definiert wird: Juden, ‚Ausländer‘ oder Asylbewerber. Jetzt ist es wieder genauso. Und was ich dabei spannend finde ist, dass damit das Gewissen so unterlaufen wird und jeder hemmungslos irgendwelche – meines Erachtens – total haltlose, unanständige und verwerfliche Sachen gegen andere Menschen sagen kann und sich noch gut dabei vorkommt.

Liegt das an unserer Zeit und den gesellschaftlichen Strukturen, oder funktioniert Populismus immer?

Ich glaube, das funktioniert immer. Aber es spielen vielleicht nicht immer alle mit. Im Moment macht es den Eindruck, dass ziemlich viele mitspielen. Selbst die Medien spielen bis zu einem gewissen Grad mit, indem sie unnötig viel darüber berichten. Negative Aussagen kriegen beispielsweise unverhältnismäßig viel Platz, oft unter dem möglicherweise gutgemeinten Deckmantel der Empörung. Man könnte solche Meldungen einfach ignorieren, dann gäbe es keine Verbreitung.

Ich glaube, dass man zum Beispiel terroristische Akte dadurch fördert, dass man hunderttausende Male diese schrecklichen Bilder, von ‚geglückten‘ Attentaten reproduziert. Wenn es nicht die Hoffnung gebe, dass solche Bilder für Stunden in internationalen Medien sind, genau dieser Moment, indem sich ein Mensch in die Luft sprengt, wäre das vielleicht auch für die, die ihn dazu bringen, nicht mehr interessant. Durch diese Sensationsgier und gefeierte Aggressivität wird das alles perpetuiert und aufgeheizt. Es gibt offenbar keine Idee mehr von aktueller Berichterstattung mit konstruktiven Inhalten.

Eine Studie wäre interessant, in welchem Verhältnis in der Presse Berichte über destruktive Aktionen zu konstruktiven Berichten standen und wie das mit der jeweiligen politischen Situation korrelierte. Die Boulevard-Presse ist ein sehr interessantes, gefährliches Phänomen im Zusammenhang



„Auf Ängste kann man paranoid reagieren oder zum Beispiel sich eine schönere Zukunft fantasieren.“

mit dem Populismus und offenbar ist nicht nur Österreich, mit seiner nationalsozialistischen Geschichte dafür anfällig, sondern, wie wir erst jüngst gesehen haben, auch zum Beispiel England.

Wo liegt der Unterschied zwischen linken und rechten Populisten?

Die Linke argumentierte immer wieder mit Hoffnung auf ein besseres Leben, auf eine konstruktive Zukunft, auf Gleichheit, Freiheit und Integration. Während die Rechten

POPULISMUS: SELBST DIE MEDIEN SPIELEN BIS ZU EINEM GEWISSEN GRAD MIT.

tendenziell Hass, Neid, Zwietracht schüren, Vernichtungsängste und Angst vor dem Anderen wecken, eher gegen anonyme Andere ‚kämpfen‘, also einen paranoiden Diskurs führen, der allgemeines Misstrauen und Aggression schürt. Die Zukunft wird oft in einer verlorenen, angeblich viel besseren Vergangenheit gesucht.

Auf Ängste kann man zum Einen paranoid reagieren: dass immer jemand schuld ist, dass man untergehen wird, dass von den anderen so viel Missgunst kommt, dass man verfolgt wird und dass man deshalb alles dagegen tun muss – selbst zu töten scheint gerechtfertigt, nur um sich gegen diese imaginierten Feinde zu schützen. Es gibt aber auch einen anderen Weg, auf

Ängste zu reagieren. Zum Beispiel, sich eine schönere Zukunft zu fantasieren, oder die Leute zur Geduld und zur Solidarität aufzurufen, denn gemeinsam sind wir stark und können die Situation verändern.

Wenn ich zu meinen Eltern aufs Land nach Oberösterreich fahre, habe ich den Eindruck, dass die jungen Menschen mit den ‚Alten‘ übereinstimmen. Sie teilen dieselben Ängste und geben sich mit den einfachen Antworten zufrieden. Woher kommt das?

Es ist natürlich bequem, die Schuld für das eigene vermutete oder vermeintliche Versagen jemandem anderen zu geben. Mir kommt vor, Leute, die zufrieden mit ihrer Situation sind, die gerade einen spannenden Beruf haben, etwas erreicht oder geleistet haben, reden nicht so. Also wenn man halbwegs eine Idee von dem hat, was man will und was einem wichtig ist, glaube ich nicht, dass man sich mit solchen dummen Sprüchen aufhält. Die, die verzagt sind oder orientierungslos, holen sich solche Argumente. Vielleicht weil sie sich eigentlich selbst vorwerfen, dass sie nichts zusammenbringen. Für sie sind dann die Flüchtlinge die, die sich anstrengen müssen.

Aber natürlich ist Arbeitslosigkeit ein wichtiger Punkt. Arbeitslosigkeit geht mit einer Hoffnungslosigkeit einher und einem Selbstwertverlust. Man kann sich weder finanziell noch persönlich bewegen, alles ist durch die Situation eingeschränkt und es



Demokratie wird zu einem ausgehöhlten Begriff, dazu verwendet, um zu manipulieren. Diese Destruktion der Sprache und speziell der Grundwerte ist höchst gefährlich.

scheint sehr verlockend, einen Schuldigen zu finden.

Ist es unfair zu sagen, dass Populisten schlau sind, aber ihre WählerInnen nicht?

Die Populisten sind natürlich schlau, sie nützen die bestehende Angst und dann präsentieren sie sich als große Retter. Sie nutzen Ängste hemmungslos aus, aber Angst hat nichts mit Klugheit zu tun, Angst haben wir alle.

Die zackige, aggressive Diktion, die beispielsweise HC Strache benutzt, spricht, glaube ich, hauptsächlich junge Männer an, die wenig Selbstbewusstsein haben und sich an jemandem aufrichten, der sich traut, so zu reden.

Populismus ist auf jeder Ebene eine Demontage von Strukturen, im Gespräch und auch in der Demokratie. Unter falschem Namen läuft da etwas, das aussieht wie direkte Demokratie, mit Demokratie aber überhaupt nichts zu tun hat. Das ist Mob. Hannah Arendt hat beschrieben, wie man die Presse beeinflusst und dann möglichst alle, die überhaupt keine Ahnung von der Sache haben, ihre Meinung sagen lässt. Eine Meinung, die vorher sehr kalkuliert implantiert worden ist. Demokratie wird so zu einem ausgehöhlten Begriff, der verwendet wird, um zu manipulieren. Diese Destruktion der Sprache und speziell der Grundwerte ist höchst gefährlich. Ziel ist es, durch Sprache Hass zu transportieren. Dabei wird die Sprache zer-

stört, indem man den Inhalt herausnimmt und nur noch Hülsen übrig bleiben. Das ist ein interessantes Phänomen.

Und alle anderen beten diese leeren Phrasen nach?

Ja, eigentlich erstaunlich. Aktuell besonders erschreckend finde ich die Forderung nach der direkten Demokratie. Eine Abschaffung der repräsentativen Demokratie und das geschürte Mißtrauen gegenüber den politischen Parteien hat in den Dreißiger Jah-

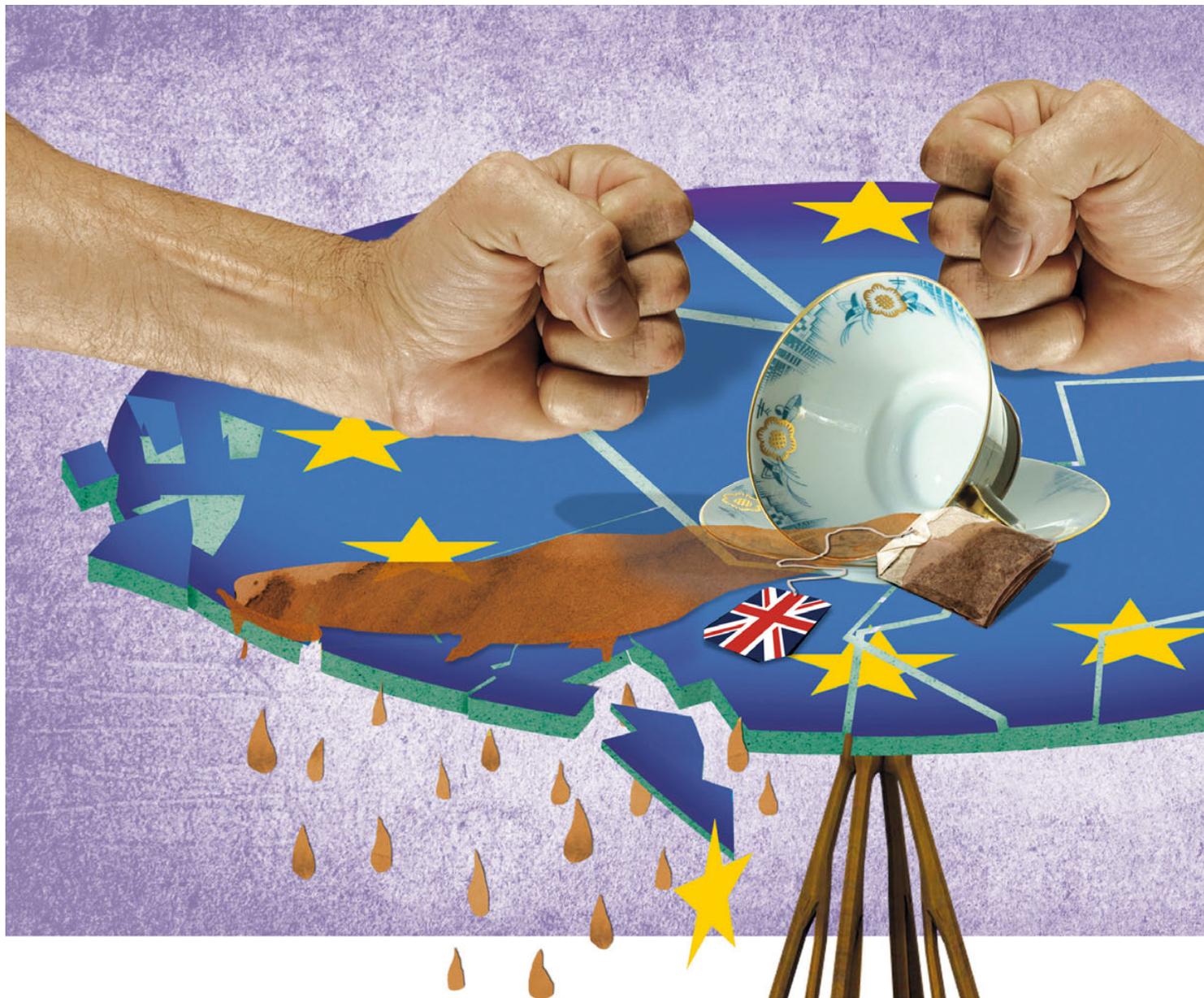
POPULISMUS IST AUF JEDER EBENE EINE DEMONTAGE VON STRUKTUREN.

ren zu dieser schrecklichen Entwicklung des Nationalsozialismus geführt. Rechte Kräfte ‚zündeln‘ ja ständig damit, der Verfassungsgerichtshofs war damals Zankapfel, wie auch die Verfassung. Es geht immer gegen das kontrollierende Organ und gegen die Struktur, innerlich und äußerlich. Der Verfassungsgerichtshof ist sozusagen das Gewissen des Staates, das sagt, was wirklich rechtens ist oder nicht.

Mein Onkel wählt seit Jahren die FPÖ und gibt bei jeder Gelegenheit seine hohlen Phrasen wieder. Egal, wie sehr ich mich bemühe, ihm argumentativ zu begegnen, am Ende steht immer sein Satz: ‚Du willst mich nicht verstehen!‘ Ich

kenne viele, die so reagieren. Wie begegnet man Menschen, die sich solcherart ihre eigenen Wahrheiten zurechtlegen?

Das zählt zu dem, was ich paranoid genannt habe. Ich würde versuchen, herauszuhören, wo sich jemand gefährdet fühlt. Und dann einmal bestätigen, dass er oder sie Angst hat und sich möglicherweise in seiner Situation bedroht fühlt. Es ist vor allem die Bedrohung, die paranoide Ideen erzeugt. Daher ist es wichtig, über diese Bedrohung zu sprechen. Jeder Mensch hat Angst vor der Begegnung mit dem Neuen. Anders ist das, wenn jemand schon seit Jahren eine rechte Partei wählt, die Themen wie Asylwerber für ihre Zwecke populistisch ausnützt. Das meine ich nicht. Ich spreche vor allem von Menschen, die erst durch die aktuelle Situation für nationalistisches, rechtspopulistisches Gedankengut anfällig werden. Ich denke nur diesen Menschen könnte man argumentativ begegnen, und klar machen, dass von Asylwerbern nicht mehr Gefahr ausgeht als von ‚Nicht-Flüchtlingen‘. Dass man sich nicht mit diesen Kopflosen zusammenschließen muss, um geschützt zu sein. Es ist ja bekannt, dass in Gemeinden, wo viele Flüchtlinge aufgenommen wurden, die Stimmung besonders gut ist und die ‚Blauen‘ sogar weniger Zuspruch haben. Wenn es gelingt, das Stigma ‚Flüchtling‘ zu vermeiden und Asylwerbende in die Gemeinschaft zu integrieren, wird wohl kaum jemand mehr für solche Rhetoriken empfänglich sein.



BREXIT SEI **DANK**

Das Brexit-Votum war ein unerwarteter Erfolg populistischer Politiker, die aber schon am Wahltag ratlos wirkten. Die Sorge, dass die EU zerbröckelt, hat der Brexit jedenfalls nicht wirklich befeuert. Im Gegenteil, ein sanfter Stimmungswandel ist zu verzeichnen. Und die Politik versteht es als Warnsignal zugunsten eines anderen Kurses. Reiben sich die Populisten dennoch zurecht die Hände?

*Text: Muhamed Beganovic
Illustration: Eva Vasari*



Werner Thomas Bauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung und ein Experte für Populismus, ist gerade von einer dreimonatigen Recherche-Reise quer durch Europa zurückgekehrt. Der Ethnologe war unterwegs, um populistische Strömungen zu erforschen. Er hat vorgefunden, was Pelinka beschreibt. „Europa ist zersplittert und tief gespalten“, sagt er. Das bereite ihm Sorgen. Denn es wird den Einfluss populistischer Parteien in den jeweiligen Ländern nur verstärken. „Bevor man die Bedrohung populistischer Parteien verstehen kann, muss man zuerst die Parteien selbst verstehen“, sagt Bauer.

Unterschiedliche Wurzeln

Historisch betrachtet sind viele (rechts-) populistische Parteien aus Mitgliedern ehemaliger faschistischer Parteien entstanden, was ihren Hass auf „Andere“ erklärt. Doch das trifft nicht immer zu. Die britische UKIP wurde aus extremer Abneigung gegen die EU gegründet. Die deutsche AfD schoss sich auf eine angeblich verfehlte Flüchtlingspolitik ein. Das ist, so Bauer, tendenziell rassistisch, aber nicht faschistisch. In den Niederlanden wiederum bedient Geert Wilders' PVV die islamophoben Gefühle, sagt Ineke Van der Valk, eine Sozialwissenschaftlerin, die mehrfach zum Thema publiziert hat. „Natürlich spielen auch immer eine gewisse Angst vor dem Terror mit, sagt van der Valk, aber diese Angst wird ganz kalkuliert angesprochen. Mit der Nähe zur NS-Ideologie wie jene

DER EU-AUSTRITT KOSTET GROSSBRITANNIEN MILLIARDEN. ABER OHNE MITSPRACHE.

der deutschen NDP habe das aber nichts zu tun, ergänzt Paul Lucardie. „Wilders hat stets Mitgliedern aus faschistischen Parteien den Zutritt in seiner eigenen Partei verwehrt“, erklärt der Politologe von der Universität Groningen. „Doch das war auch nicht schwer, denn es gibt sehr wenige solche Parteien in den Niederlanden. Die wichtigste, die NVU, hatte nie mehr als 100 Mitglieder. Wilders mögen sie schon allein wegen dessen Pro-Israel Einstellung nicht.“ Was all diese vereint, ist jedoch ihre Euroskepsis und ihr Ziel, aus der EU auszutreten. Im Europäischen Parlament haben sie sich dafür nach mehreren Anläufen eigens zu einer Fraktion zusammengeschlossen.

Wer will noch gehen?

Der Brexit-Entscheidung hat viele Menschen wachgerüttelt. Welche Auswirkungen der Austritt haben wird, war aber vielen nicht klar. Selbst UKIP-Leuten nicht, wie noch am Wahltag erstaunlicherweise zu vernehmen war. Ein Stopp der Zuwanderung auf Null sei doch nicht ganz so wörtlich zu nehmen, meinten sie. Und dass entfallende Zahlungen an Brüssel nun direkt in bri-

tische Sozialkassen gingen, stellte sich auch als ziemlich fahrlässige Versprechung heraus. Es kommen enorme Kosten auf die Briten zu, langwierige Verhandlungen mit Brüssel und den Mitgliedsländern, um wieder einen Zugang zum Wirtschaftsraum zu erhalten. Dafür wird man Milliardenbeträge locker machen müssen, nur mit dem Unterschied, dass man im Gegenzug nicht mehr mitreden kann. Der Einbruch des britischen Pfund, die Abwanderungspläne von Firmen und Banken, die zurückgeschraubten Investitionspläne der Wirtschaft, all das scheint den Appetit von über die EU erbosten BürgerInnen in anderen europäischen Ländern etwas gemindert zu haben. Was aber, wenn doch auch andere Länder es den Briten gleichtun wollen? Was würde das für die Zukunft der EU bedeuten? Zerbricht sie dann?

„Wenn es bei einzelnen, kleineren Ländern bleibt, wären die Folgen kalkulierbar. Doch sollte sich eines der Gründungsmitglieder für einen Austritt entscheiden, wäre das katastrophal“, so Bauer. Der österreichische Politologe Anton Pelinka hält solche Abstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich noch am ehesten für vorstellbar, jedoch derzeit für sehr unrealistisch. Erst jüngst wurde ein solches Referendum in den Niederlanden abgewiesen. „Geert Wilders hat in der Zweiten Kammer des Parlaments einen Antrag auf ein Referendum über die EU Mitgliedschaft der Niederlande gestellt. Lediglich Mitglieder seiner eigenen Partei und zwei Abgeordnete, die sich von der PVV abgesplittert hatten, stimmten dafür“, sagt Ineke Van der Valk. Das sind lediglich 17 von 150 Stimmen. „Der Brexit hat sicherlich zu dieser großen Mehrheit gegen ein Referendum beigetragen“, so Van der Valk. Auch über Ost-Europa, wo populistische Strömungen nicht weniger bekannt sind als im Westen, müsse man sich keine Sorgen machen. „In Mittel- und Osteuropa ist der Nationalismus in seiner altmodischen Art lebendig. Das ist nicht ohne Bedeutung für die EU, deren Konzept die Überwindung aller Nationalismen ist. Aber die Staaten Mittel- und Osteuropas profitieren derzeit noch viel zu stark von den finanziellen Zuwendungen von der EU, als dass ich mit einer realen Austrittsbewegung rechne“, so Pelinka.

In Frankreich sei die Lage hingegen ernst. „Frankreich ist ebenfalls ein ‚Austrittskandidat‘, vor allem, weil der Front National sich ausdrücklich am Austritt aus der EU orientiert und damit die Wahlen 2018 gewinnen könnte“, schätzt Pelinka. Es gäbe jedoch einen Weg, einen Wahlsieg zu verhindern. „Die gemäßigten Linken oder Rechten müssten versprechen, nach einem Wahlsieg ein Plebiszit über den Verbleib durchzuführen, um so Le Pen das entscheidende Argument wegzunehmen, so wie das David Cameron wegen des Aufstiegs der UKIP gemacht hat“, sagt der Politologe.

Neoliberale Gründe

Werner T. Bauer blickt pessimistisch in die Zukunft, sollte sich die etablierte Politik nicht ändern. „Erfolgreiche, bewährte Strategien gibt es nicht“, sagt Bauer. Er erzählt vom Beispiel Wolfgang Schüssel, der die FPÖ entzaubern wollte, indem er sie in die Verantwortung zog - ein wenig erfolgreiches Rezept. Stephan Schulmeister, einer der renommiertesten Ökonomen Österreichs mit ausgeprägtem politischen Verständnis, hat eine These. „Normalerweise erklärt man Populismus mit den gängigen Angst-Faktoren wie Flüchtlinge. Aber wenn man sich fragt, woher Wut und Verbitterung entstehen, da kommen wir ganz schnell zur neoliberalen Politik, von der Entfesselung der Finanzmärkte bis zum Sozialabbau“, so Schulmeister. Die dadurch geschaffenen Probleme wie Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg und Armut bilden den Nährboden für Populismus. Schulmeister macht die in den letzten 20 Jahren zunehmend neoliberale Politik der regierenden Parteien in Europa dafür verantwortlich, dass Populismus so viel an Boden gewinnen konnte. In seinem optimistischen Szenario sieht er eine Chance zur Umkehr. „Der Erfolg der populistischen Parteien könnte dazu führen, dass die etablierten Parteien endlich erkennen, dass es sich um einen Überlebenskampf handelt. Sie könnten dann zusammenrücken. Zuerst müssten die Christ-Demokraten und die Sozial-Demokraten erkennen, dass die Sparpolitik die soziale Ungleichheit verstärkt hat und dass es Zeit ist die alte Finanzpolitik über Bord zu werfen“, so der

Ökonom. Seine pessimistischere Prognose erinnert an die politische und wirtschaftliche Lage der Dreißiger Jahre.

Tatsächlich sei es also so, dass die Populisten bereits über genügend Macht verfügen, um die EU zu zerstören. Am Willen daran fehlt es nicht. Ihre kontinuierlich steigende Popularität sollte ebenfalls nicht unterschätzt werden. Solange die etablierten Parteien an ihrem Kurs festhalten, sorgen sie dafür, dass diese Entwicklung weitergeht. Paul Lucardie plädiert dafür, populistischen Parteien auf nationalem Niveau entgegenzutreten. Der Einfluss des belgischen rechtsextremen Vlaams Belang (VB) wurde etwa durch die national aufgestellte Neufälämische Allianz (NVA) gestoppt, die so etwas wie einen „humanitären Nationalismus“ rechts der Mitte vertritt und zeitweise mit den Christdemokraten koalitiert. In Spa-

SPARPOLITIK DER CHRIST- UND SOZIALDEMOKRATEN VERSTÄRKT DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT

nien und Irland übernahmen linke Bewegungen wie Podemos und Sinn Fein selbst populistische Parolen und konnten damit immerhin den Vormarsch rechter Kräfte eindämmen. Ob diese Politik eine Zukunft hat, wird seither heftig diskutiert.

Entschiedenere Politik

Auch Ineke Van der Valk macht sich so ihre Gedanken: „Ein wichtiger Schritt könnte sein, dass die demokratischen Parteien klar gegen anti-demokratische Standpunkte und auch ganz entschieden gegen das Verbreiten von Hass Stellung nehmen. Zugleich ist es eminent wichtig, den Menschen mehr Vertrauen in die Zukunft zu geben. Dafür müssen sie zeigen, dass es auch positive Entwicklungen gibt und nicht nur negative“, so Van der Valk.

Wie wird es mit Europa weitergehen? Die Europäische Union könnte sich in „konzentrischen Kreisen“ weiterentwickeln, prognostiziert Pelinka. „Einige Staaten werden sich, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, etwa in Fragen der Sicherung der EU-Außengrenzen, weiter integrieren. Andere werden sich absentieren, wie das auch im Falle

der Währungsunion schon jetzt der Fall ist.“ Werner T. Bauer sieht nur eine Möglichkeit: „Langfristig gesehen werden sich die Politiker der etablierten Parteien stärker ‚unter das Volk‘ begeben müssen. Und sie werden in der Kommunikation mit den Menschen sowohl die rationale als auch die emotionale Ebene stärker ansprechen müssen“. Was, wenn nichts davon geschieht? „Dann gibt es keinen Anlass für Optimismus“, so Bauer.

Rechtspopulistische Fraktionen im Europäischen Parlament:

Nun hat es also gereicht für die Fraktionsstärke. Das Europäische Parlament hat nun zwei Fraktionen, die nach einigen Querelen und über Jahre gegründet wurden. Es braucht Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten, um sich zusammenschließen. Dass einige der Parteien am Austritt oder der Zerschlagung der Institution arbeiten, in der sie selbst ihr Mandat vertreten, ist demokratiepolitisch zumindest kurios.

Die bekannteste Fraktion der Populisten heißt „Europa der Nationen und der Freiheit“. Sie wurde 2015 von Abgeordneten des Front National, der FPÖ und der Vlaams Belang gegründet, nachdem sie seit der Auflösung der kurzlebigen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ praktisch fraktionslos wurden. Sie besteht aus 39 Mitgliedern aus neun Ländern. Prominente Parteien, die der Fraktion angehören: FPÖ, Front National, Lega Nord, AfD, Wilders Partei für die Freiheit (PVV), Vlaams Belang.

Daneben gibt es auch noch die Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“, die nach den Parlamentswahlen 2014 als Nachfolgerin der Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ gegründet wurde. Sie ist ein Sammelbecken für EU-SkeptikerInnen und rechte (oder ideologisch schwankende) Populisten wie etwa dem italienischen Movimento 5 Stelle. 46 Abgeordnete aus neun Ländern arbeiten daran, dass es die Institution, die sie vertreten, so nicht mehr gibt. Weitere Parteien sind UKIP, die rechtsnationale polnische KORWiN, die zuvor bereits am Einspruch Geert Wilders an einem Fraktionsbeitritt gescheitert war, sowie versprengte Abgeordnete, die sich etwa vom Front National oder der AfD abgespalten haben.

KOMMENTAR

EU finanziert ihre Gegner

Viele rechtspopulistische Parteien lehnen die EU ab, sitzen aber auf deren Mandat im Europäischen Parlament. Geht das?

Kommentar: Karin Liebhart



Illustration: Petja Dimitrova

Nationalistische, rechtspopulistische und rechtsextreme Anti-EU Parteien gewannen 2014 22,9 % der Sitze im Europäischen Parlament. Der französische *Front National* vervierfachte sein Ergebnis von 2009, die *United Kingdom Independence Party*, die *Dänische Volkspartei* und die *Freiheitliche Partei Österreichs* zählten ebenfalls zu den Gewinnern. Auch in Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Polen, Schweden und einigen anderen Staaten wurden Rechtsaußen-Parteien ins EP gewählt. Sie fordern den Austritt aus der Eurozone oder gleich aus der EU, eine Renationalisierung der Politik und Verschärfungen im Bereich Migration und Asyl. Mit Ausländer_innen-, insbesondere Muslim_innen-Feindlichkeit erzielen sie deutliche Erfolge auch auf nationaler Ebene.

Im EP bilden Rechtsaußen-Parteien mehrere Fraktionen und dominieren auch die Gruppe fraktionsloser Abgeordneter mit VertreterInnen neofaschistischer Parteien (wie *Jobbik*, *Goldene Morgenröte* oder *NPD*). *AfD*, *Dänische Volkspartei* und *Wahre Finnen* sind Teil der *Allianz der Europäischen Konservativen und Reformen*. *Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie* zählt *UKIP* und die schwierig einzuordnende italienische *Fünf-Sterne-Bewegung* zu ihrer Fraktion. Marine Le Pen (*Front National*) gründete 2015 *Europa der Nationen und der Freiheit*, der u.a. die *FPÖ*, die *Lega Nord* und der belgische *Vlaams Belang* angehören.

EU-Gehalt gerne angenommen

Mit dem Fraktionsstatus sind Finanzmittel, bessere administrative Infrastruktur, leichter Zugang zu Ausschüssen und längere Redezeiten verbunden. Trotz heftiger Kritik an der EU und ihren Institutionen wird diese Unterstützung, die eigentlich zur Schaffung eines europäischen politischen Bewusstseins beitragen soll, von den Rechtsaußen-Parteien gerne angenommen. Deren ParlamentarierInnen beziehen ihr Gehalt selbstverständlich von der EU. Auch einer der schärfsten EU-Kritiker, Nigel Farage, will im Gegensatz zu früheren Ankündigungen und ungeachtet seiner Überzeugung, dass das europäische Integrationsprojekt sowie so zum Scheitern verurteilt ist, weiterhin seinen Sitz im EP behalten. Im Zuge der Brexit-Kampagne hatte Farage die hohen Ausgaben für Gehälter von EU-ParlamentarierInnen noch scharf kritisiert.

Die Fraktionen im EP sind nicht mit den Europaparteien, Zusammenschlüssen politischer Parteien aus EU-Staaten, die auf europäischer Ebene arbeiten, zu verwechseln. Einige Fraktionen sind allerdings mit Europaparteien ident. In anderen Fällen besteht enge Zusammenarbeit. Europaparteien können ebenfalls Finanzmittel aus dem Haushalt der Europäischen Union beantragen, wenn sie Grundsätze der EU, wie Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit (be)achten. Die Finanzierung der 2016 anerkannten rechtsextremen *Allianz für Frieden und Freiheit* der u.a. die deutsche *NPD* und die griechische

Goldene Morgenröte angehören, stieß deshalb auf scharfe Kritik aus dem EP.

EU finanziert ihre GegnerInnen

Dass die EU ihre deklarierten GegnerInnen finanziert, selbst wenn diese wie Marine Le Pen die EU zerstören wollen, mag ärgerlich erscheinen, fragwürdig ist es jedenfalls. Nach den Regeln des Europaparlaments für Fraktionen- und Parteienfinanzierung ist die Vergabe von finanziellen Förderungen an EU-feindliche Rechtsaußen-Parteien jedoch nicht ausgeschlossen. Dagegen sprechen sich mittlerweile immer mehr EuropaparlamentarierInnen aus. Eine 2017 in Kraft tretende Regelung soll zukünftig verhindern, dass anti-europäische Parteien, die die Grundwerte der EU ablehnen und europafeindlich, rechtsextrem und rassistisch agieren, finanzielle Unterstützung erfahren. Dies sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Wahlergebnis 2014 und die geringe Wahlbeteiligung von 42,6 Prozent auch grundlegende demokratiepolitische Probleme Europas spiegeln: das schlechte Image der EU, politisches Desinteresse, Fremdenfeindlichkeit und insbesondere die zunehmenden sozialen Spannungen in Europa. In vielen Fällen übernehmen PolitikerInnen anderer Parteien hier die Erklärungsmuster und Forderungen der Rechten, anstatt alternative Modelle zu vertreten. Wem eine solche Politik letztlich nützt, liegt auf der Hand.

Karin Liebhart ist Dozentin am Institut für Politikwissenschaft in Wien.



Ursachenforschung: Soziologe Didier Eribon beschreibt in „Rückkehr nach Reims“, wie seine eigene Familie von der kommunistischen Partei zum Front National wechselte.

„IHR KÖNNT NICHT GLAUBEN, IHR WÄRT DAS VOLK“

Für Nation und Heimat, gegen Oligarchie und Finanzelite: Linke Bewegungen wie Podemos und Nuit Debout klingen oft wie Rechtsradikale, sagt der Soziologe Didier Eribon.

Interview: Felix Stephan

Monsieur Eribon, am besten beginnen wir das Gespräch mit Ihrer Mutter. In Ihrem Buch erzählen Sie, dass Ihre Mutter für den Front National gestimmt hat, obwohl die Partei Abtreibungen verbieten möchte und Ihre Mutter selbst eine Abtreibung hatte. Als Sie sie zur Rede stellen, sagt sie: „Das ist nicht das, wofür ich sie gewählt habe.“ Beim britischen EU-Referendum ist uns jetzt etwas Ähnliches begegnet: Die Leute stimmen gegen ihre eigenen Interessen. Wie kommt das?

Die Abtreibung ist noch das Geringste. Meine Mutter hätte noch viel mehr zu verlieren, wenn der Front National tatsächlich das Land regieren würde: die Sozialleistungen, die kostenlose medizinische Versorgung. Sie ist eine alte Frau, die immer schwer gearbeitet hat. Ihr körperlicher Zustand ist nicht besonders gut. Eine FN-Regierung wäre verheerend für sie. Und sie ist sich auch vollkommen im Klaren darüber. Nur ein einziges Mal habe sie den Front National gewählt, hat sie gesagt, aber ich glaube ihr kein Wort.

Was hat es also mit ihrer Stimme für den FN auf sich?

Sie ist einfach mit ihrer Situation unzufrieden und weiß nicht, wie sie es sonst ausdrücken soll. Beim Brexit ist es ähnlich: Die Leute haben nicht gegen die EU gestimmt, weil sie glauben, danach wären die Dinge tatsächlich besser. Sie wollten vor allem ihre generelle Ablehnung zum

DIE LEUTE STIMMEN GEGEN IHRE EIGENEN INTERESSEN.

Ausdruck bringen. Ich habe mich selbst gefragt, wie ich abgestimmt hätte. Würde ich dafür stimmen, in der EU in ihrer heutigen neoliberalen Form zu bleiben? Ganz klar: Nein. Aber möchte ich die EU verlassen? Natürlich nicht! Ein englischer Freund hat mir erzählt, dass es in Großbritannien einige Verrückte gab, die beide Optionen angekreuzt haben, *Leave* und *Remain*. Aber ich glaube, das hätte ich wahrschein-

lich auch getan. Es ist die einzige vernünftige Entscheidung.

Weil es keine vernünftige Alternative gibt, bleibt nur die Sabotage?

Auffallend ist, dass in England gerade die Arbeiter im Norden für den Brexit gestimmt haben, also in den Gegenden, in denen die Deindustrialisierung das Leben der Menschen vollkommen zerstört hat. Diese Leute haben nicht nur Geld verloren, sondern auch ihre Hoffnungen, ihr soziales Umfeld, ihr ganzes Leben. Das ist eins zu eins auf Frankreich übertragbar. Im deindustrialisierten Norden Frankreichs gibt es Gegenden, in denen der FN sechzig, siebenzig Prozent der Stimmen bekommt. Dort haben die Menschen nicht das Gefühl, von der EU zu profitieren und oft haben sie damit auch einfach recht.

Das erklärt aber noch nicht, warum sie rechts wählen und nicht zum Beispiel links. Die linke Politik steckt in einer schweren Krise, die sich seit Jahrzehnten angebahnt

hat. Ich habe ein Buch darüber geschrieben, wie es dazu kommen konnte, *D'une révolution conservatrice*: In den Achtzigern haben linke Neokonservative mit Investorengeld Konferenzen organisiert, Seminare gegeben und mediale Debatten angezettelt mit dem Ziel, die Grenze zwischen rechts und links zu verwischen. Das war eine konzertierte Kampagne. Sie wollten all das abschaffen, worauf sich linkes Denken gründet: den Begriff der Klasse, die soziale Determination, die Ausbeutung der Arbeitskraft etc. Heute sehen wir, dass sie zum größten Teil erfolgreich waren.

Woran sieht man das?

Das beste Beispiel ist die sozialistische Partei Frankreichs: Wenn man heute einem sozialistischen Politiker gegenüber den Begriff der sozialen Klasse erwähnt, widerspricht er sofort und behauptet, so etwas existiere nicht mehr. Die französischen Linken glauben das wirklich und sind jetzt ganz verblüfft, weil sie feststellen, dass es doch noch eine Arbeiterklasse gibt. Es ist tragisch, dass die Arbeiter erst für den Front National, die AfD und den Brexit stimmen mussten, um auf sich aufmerksam zu machen. Der französische Premierminister Manuel Valls hat die französischen Demonstranten gerade abfällig „die alte Linke“ genannt. Dabei ist es einfach die Linke. Das sind die Leute, die ihn gewählt haben. Doch statt ihnen zuzuhören, will er das Land modernisieren, und alle wissen, was das heißt: Abbau von Sozialleistungen, Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten und so weiter.

Es gibt keine Partei mehr, die die Interessen der Arbeiter vertritt?

Das Problem ist, dass Europa von einer Klasse regiert wird, die der britische Autor Tariq Ali einmal die „extreme Mitte“ genannt hat: Diese Leute glauben, dass das, was den gut ausgebildeten Menschen in den Metropolen nützt, automatisch gut für alle ist. Das ist offensichtlich falsch: Es gibt in Europa sehr viele Menschen, die marginalisiert sind, die verzweifelt sind, die über das, was in ihrem Leben vor sich geht, wütend sind. Die nicht nur keine Arbeit haben, sondern die sich auch nicht mehr vorstellen können, dass sie jemals wieder einen Job bekommen werden oder dass es ihren

Kindern eines Tages besser gehen wird. Und diese Leute haben kaum eine Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen: Wenn man keine Arbeit hat, kann man nicht streiken. Und wenn man einen Job hat, riskiert man, dass der befristete Vertrag nicht verlängert wird oder man während des Streiks nicht bezahlt wird, was sich viele schlicht nicht leisten können. Und wenn sie dann demonstrieren, wissen sie, dass das keinerlei Effekt haben wird, selbst wenn sie wie in Frankreich eine sogenannte linke Regierung haben. Die Leute, die in diesen Tagen auf die Straße gehen, haben die aktuelle Regierung gewählt, bekommen aber nun zu hören, dass ihre Meinung keine Rolle spielt. Was bleibt ihnen also anderes übrig, als nächstes Mal in Frankreich FN zu wählen, in Österreich FPÖ, in Großbritannien Brexit und in Deutschland AfD?

DAS LAND MODERNISIEREN ... MAN WEISS, WAS DAS HEISST.

Eine reine Protestwahl ist doch aber keine Lösung. Von den wirtschaftlichen Nachteilen, die Großbritannien jetzt erlebt, sind die Ärmsten am stärksten betroffen.

Aber sie haben ihr erstes Ziel erreicht: Plötzlich reden alle darüber, wer diese Leute sind und was sie wohl wollen könnten. Sonst kommen sie im politischen Diskurs schlicht nicht vor. Die Frage ist eher: Wie ist es möglich, so viele Menschen im politischen Alltag zu ignorieren? In Europa wissen die Eliten nicht einmal, dass es in ihren Ländern echte Armut gibt. Ich sage seit Jahrzehnten, dass der FN eines Tages mehr als 20 Prozent erreichen wird. Aber immer hieß es, ich würde übertreiben. Dabei ist es offensichtlich: Auch wenn man den Menschen fast jede Möglichkeit nimmt, sich politisch auszudrücken, werden sie immer eine andere Möglichkeit finden, sich Gehör zu verschaffen. In den Sechzigern und Siebzigern gab es noch eine Linke, zumindest in Frankreich, in Italien und Spanien, die der Arbeiterklasse einen Rahmen gegeben hat, in dem sie sich selbst denken konnte. In diesem Rahmen war klar, was in ihrem Interesse liegt, was sie einfordern muss, was sie verteidigen muss.

Mit Blick auf Jeremy Corbyn, Podemos, Syriza könnte man auch von einem linken Revival in Europa sprechen.

Aber sind sie wirklich links? Schauen Sie sich die Sprache an: In Spanien benutzt Pablo Iglesias, der zentrale Kopf von Podemos, zum Beispiel ständig den Begriff *la patria*, die Nation. Das gesamte Programm basiert auf diesem Begriff. Er begreift nicht, dass das ein sehr gefährliches Wort ist, das historisch klar besetzt ist.

Kann man nicht vielleicht links und nationalistisch zugleich sein?

Ich kann gut verstehen, dass auch viele Franzosen für eine nationale Souveränität gegen die europäische Sparpolitik eintreten, die von einem hegemonialen Deutschland und der EZB durchgesetzt wird. Viele meiner Freunde denken so. Trotzdem ist es für mich sowohl politisch als auch theoretisch ein großer Fehler. Sobald man Begriffe wie *Vaterland* oder *Nation* im europäischen Diskurs von der Leine lässt, weiß man nicht, wohin er einen tragen wird. Begriffe wie Globalisierung und Internationalismus hingegen sind heute eng mit dem Neoliberalismus verbunden, deshalb glauben viele Linke, man heiße automatisch den Neoliberalismus gut, wenn man sich für Internationalisierung ausspricht. Auf nationaler Ebene können wir dem, was der Neoliberalismus in unseren Ländern anrichtet, aber nicht entgegentreten.

Die Positionen der rechten Parteien zu adaptieren, um ihnen nicht das Monopol darauf zu überlassen, halten Sie also für den falschen Weg?

Ja. Dass diese Misere ausgerechnet zu Lasten der Migrant*innen geht, also auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wird, ist vollkommen absurd. Den Flüchtlingen gegenüber haben wir nur eine Option: Wir müssen alles aufbieten, was in unserer Macht steht, um sie anständig willkommen zu heißen. Es wäre die Verantwortung linker Parteien, dafür zu kämpfen, dass das geschieht, und es ist eine Tragödie, dass sie es nicht tun. Die einzige Politikerin Europas, die auf die Lage der Flüchtlinge eine humane, vernünftige Reaktion gezeigt hat, ist Angela Merkel. Für einen Linken, der gerade erst erlebt hat, was ihre neoliberale Wirtschafts- und Europapolitik in Südeuropa



Sobald man Begriffe wie Vaterland oder Nation im europäischen Diskurs von der Leine lässt, weiß man nicht, wohin er einen tragen wird.

angerichtet hat, ist es nicht einfach, das zuzugeben. Ich gratuliere ihr, aber für mich ist es erschütternd, dass es Angela Merkel war, die diese Reaktion gezeigt hat und nicht die linken Politiker. Frankreich hat etwa 20.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, und wir haben eine linke Regierung.

Vermutlich wollten die französischen Linken ihrer Wählerschaft in der Arbeiterklasse keinen weiteren Anlass geben, zum Front National zu wechseln?

Diese Wählerschaft verlieren sie ohnehin und zwar aus anderen Gründen. Es wäre ihre Pflicht, dem Front National entgegenzutreten und nicht aus Opportunismus zu schweigen. Dass die Linken rechte Argumentationen übernehmen, sieht man aber leider immer häufiger: Die Rhetorik von Podemos ist genau die gleiche wie die des Front National. Ich will Pablo Iglesias natürlich nicht mit Marine Le Pen vergleichen, und wenn ich in Spanien leben würde, würde ich für Podemos stimmen. Aber die Rhetorik ist vergleichbar: Die Nation gegen die Oligarchie, die Heimat gegen die Finanzelite, das Volk gegen die da oben. Nur: Wer soll das Volk überhaupt sein?

Ist das nicht gerade das Attraktive an diesen Begriffen? Dass sich tendenziell jeder dahinter versammeln kann?

Ich bin nicht sicher, ob damit wirklich jeder gemeint ist. Viele meiner Freunde sagen jetzt nach dem Brexit: Das ist der schlechte Nationalismus, wir aber vertreten den guten Nationalismus. Ich kann da keinen Unterschied erkennen. Das Ergebnis ist das gleiche: Wenn man das Referendum heute in Frankreich abhalten würde, hätte man sogar noch ein deutlicheres Votum gegen die EU. Wir müssen versuchen, die EU zu verändern, auch wenn das vielleicht utopisch klingen mag. Die Rückkehr zum Nationalismus ist keine Lösung.

DAS VOLK GEGEN DIE DA OBEN. NUR: WER SOLL DAS ÜBERHAUPT SEIN, DAS VOLK?

Was versprechen sich die Linken vom Nationalismus?

Sie wollen verloren geglaubte solidarische Räume wieder herstellen: das Dorf, die Gemeinde, das Café. Ich mag Dörfer und Cafés wie jeder andere auch, aber doch nicht als politisches oder intellektuelles Programm. Wir übersehen, dass die gesamte Moderne gegen diese alten Solidaritäten gerichtet ist. Die Kunst, das Theater, die Philosophie, das Kino – all das arbeitete darauf hin, das Dorf hinter sich zu lassen und neue Horizonte zu erschließen.

Das kann man nicht alles rückgängig machen wollen. Eine reaktionäre Reaktion auf den Neoliberalismus gibt es nicht. Elfriede Jelinek hat es in ihrem Buch *Wolken, Heim* gegen Heidegger gut auf den Punkt gebracht: Begriffe wie *Heimat, la terre, le sol* bringen uns nirgendwo hin. Das ist Blut- und Boden-Rhetorik. Dass Heidegger den Schwarzwald Berlin vorgezogen hat, mag man verstehen, er war ein Nazi. Und es ist sicherlich auch sehr schön im Schwarzwald. Aber wollen wir das als politisches Programm für das Europa der Zukunft?

Aber sind die sozialen Bewegungen nicht ohnehin international vernetzt? Occupy Wall Street, Nuit Debout oder Podemos sind ja kaum getrennt voneinander zu betrachten.

Occupy Wall Street war eine sehr, sehr wichtige Bewegung, aber sie wurde getragen von Studenten aus Princeton, der Columbia und der NYU. Ich fürchte, dass weiße Arbeiter in den USA eher Donald Trump unterstützen als Occupy. „*We are the 99 percent*“ war ein großartiger Slogan, aber er war auch extrem simplifizierend. Innerhalb der 99 Prozent gibt es völlig mittellose Menschen, die nicht genug zu essen haben, und Menschen, die eine Wohnung im Zentrum von Paris besitzen. Als politische Gruppe mit gemeinsamen Interessen gibt es die 99 Prozent nicht.

Ähnlich hat der junge Philosoph Geoffroy de Lagasnerie kürzlich in einem Essay über Nuit Debout argumentiert: Nuit Debout repräsentiere nicht die Leute, für die zu sprechen es vorgebe.

Das war ein wichtiger Text, und ich verstehe nicht, warum er von vielen so arg dafür angegriffen wurde. Er hat offensichtlich recht. Ich war selbst bei Nuit Debout, ich habe mich von der Polizei herumschubsen und mir Tränengas in die Augen sprühen lassen. Aber ich habe nie geglaubt, dass es eine neue Welt sei, die da entsteht. Wenn am höchsten Punkt der Mobilisierung vielleicht 2.000 Menschen ein Drittel der Place de la République besetzen, bedeutet das nicht, dass danach in diesem Staat kein Stein mehr auf dem anderen steht. Ich habe dort eine Rede gehalten und ihnen gesagt: Ich fürchte, Ihr seid nicht das Volk. Die Arbeiter aus dem Norden sind nicht hier, sie stimmen für den

FN, also gegen Euch. Sie unterstützen Euch nicht, sie haben Angst vor Euch. Ich bin auf Eurer Seite, aber Ihr seid Postgraduates und Assistant Professors, und dass Ihr Euch einbringen wollt, ist wunderbar. Aber Ihr könnt nicht glauben, Ihr wärt das Volk. Später sind sie in die Kleinstädte und Vororte gegangen, um dort Reden zu halten, aber sie wurden ignoriert und ausgebuht. Es war eine Fantasie, eine Illusion. Und auch dort gab es diese völkische Ideologie. Der wichtigste Begriff von Nuit Debout war *le commun*: Man müsse das Gemeinsame wieder herstellen und so weiter.

Aber ist das nicht ein berechtigtes Anliegen?

Ich halte es für gefährlich. In ganz Europa ist unter linken Bewegungen dieser grasierende Konservatismus zu beobachten: Die LGBT-Bewegung wird als Erfindung des Neoliberalismus abgetan, von der Frauenbewegung heißt es, sie lenke vom eigentlichen Kampf ab – dem Klassenkampf. So haben die Stalinisten in den Fünfigern argumentiert: Erst müssten sich alle so lange gedulden, bis der Klassenkampf gewonnen sei, dann könne man sich um ihre Belange kümmern. Aber natürlich kann man da lange warten. Ich halte den Klassenkampf auch für zentral, und anders als die meisten Linken in Frankreich habe ich stets darauf bestanden, dass soziale Klassen immer existiert haben. Er darf aber nicht gegen die Interessen anderer Minderheiten in Anschlag gebracht werden.

In Deutschland gibt es immer wieder den Ruf nach einem linken Populismus, der die Arbeiter abholt, aber ohne Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus auskommt. Kann es so etwas geben?

In Spanien versucht Podemos Stimmen zu bekommen, indem die Partei versucht, das Label „links“ abzulegen. Sie bezeichnet sich als „weder links noch rechts“, stattdessen repräsentiere sie *la patria*. Das bedeutet, dass sie natürlich auch rechte Wähler anzieht. Was aber, wenn es um die Rechte von LGBT-Paaren geht, von Transgendern, von Frauen? Oder um das Recht auf Abtreibung, ein sehr kontroverses Thema in Spanien? Die Rechte von Immigranten? Wenn man sich als „weder rechts noch links“ positioniert, zieht man Leute an, die all das in Abrede stellen. Natürlich gewinnt man erst mal Stimmen. Aber an irgendeinem Punkt



Wir müssen auf jeden Fall dieses reaktionäre Denken bekämpfen, das behauptet, Selbstverwirklichung sei zwangsläufig neoliberal.

muss man ein Programm vorlegen und Podemos hat vieles, was traditionell links ist, hinter sich gelassen: den Begriff der Klasse, den Internationalismus, die Opposition zwischen Arbeitern und Regierenden.

Ist das nicht im Grunde dieselbe Metapher wie bei Occupy, nur dass die 99 Prozent jetzt *la patria* heißen? Sieht so heute linker Populismus aus?

**PODEMOS HAT VIELES,
WAS TRADITIONELL
LINKS IST, HINTER SICH
GELASSEN.**

Wenn man *die Nation* gegen die *Oligarchie* positioniert, wo sind dann die Menschen, die im Mittelmeer ertrinken? Gehören die zur *patria*? Man muss mit diesen Begriffen sehr vorsichtig sein, sonst ist man schnell bei den französischen oder italienischen Faschisten, die den Kapitalismus als Diktatur der Banken ausgeben und es als volkszersetzend auffassen, wenn jede Minderheit ihre Rechte durchsetzen will.

Ist es also doch wahr, dass die linken und rechten Ränder in Europa verschmelzen?

Die Idealisierung des Gemeinsamen und der Heimat ist für den Faschismus auf jeden Fall anschlussfähig. In den Dreißigern haben christlich-faschistische Denker wie Emmanuel Mounier ganz genauso argumentiert, als sie ihre Kampagnen gegen André Gide gefahren haben. Die Rhetorik ist immer die gleiche: Beim Prozess gegen

Oscar Wilde, bei den christlich-faschistischen Philosophen der Dreißiger, bei den psychoanalytischen Debatten über die Zersetzung der Zivilisation durch Homosexuelle. Und heute findet man diese Rhetorik auch bei den Linken. Sie lehnen den Neoliberalismus auch deshalb ab, weil er einen Rahmen schafft, in dem plötzlich jeder denkt, seine Rechte einfordern zu dürfen, ohne das allgemeine Volksinteresse zu berücksichtigen. In Auseinandersetzungen wie diesen bin ich immer, immer, immer auf der Seite von André Gide. In meinem ganzen Leben ist es stets so gewesen, dass ich nicht gemeint war, wenn vom Dörflichen, vom Gemeinsamen, vom öffentlichen Interesse gesprochen wurde. Ich war immer die Gefahr, die Bedrohung, der Wurm im Essen.

Nehmen wir also an, die Linken werden zwischen dem Faschismus und dem Neoliberalismus aufgeteilt. Sind sie überhaupt noch zu retten?

Wir müssen auf jeden Fall dieses reaktionäre Denken bekämpfen, das behauptet, Selbstverwirklichung sei zwangsläufig neoliberal. Zum Erbe von 1968 gehört, dass sich heute in jeder Sphäre Menschen in verschiedenen Konstellationen zusammenschließen können, um für ihre Rechte zu kämpfen. Die Idee des allgemeinen Volksinteresses denunziert diese Freiheit als neoliberal. Das ist verrückt. Was 1968 definiert hat, war gerade, dass sich dort so viele politische Subjektivitäten entwickelt und geäußert haben. Foucault hat das immer wieder betont. Das ist nicht neoliberal, das ist politisch. Man kann den Homosexuellen, den Frauen, den Ökos und so weiter nicht sagen, dass sie jetzt die Klappe halten sollen, weil ihre Subjektivität eine Erfindung des Kapitalismus ist.

Was aber könnte das Gemeinsame dann sein, nach dem sich offenbar so viele sehnen?

Ich kann mich jedenfalls nicht mit Leuten zusammenschließen, mit denen ich rein gar nichts gemeinsam habe: mit Leuten, die für den Front National stimmen, die fremdenfeindlich sind, die homophob sind. Ich bin auf ihrer Seite, wenn es gegen die Verwüstungen geht, die die neoliberale Politik unserer Regierungen in unserem Staatswesen anrichtet, aber ich muss sie bekämpfen, wenn sie für den FN stimmen, was sie tun

werden. 25 Prozent der Franzosen werden nächstes Jahr im ersten Wahlgang für Marine Le Pen stimmen. Meine Mutter, meine Brüder, viele ihrer Bekannten werden voraussichtlich für den FN stimmen. Wenn man sie fragt, warum, sagen sie, dass es schlimmer nicht werden kann und dass sie nichts zu verlieren haben. Was, wie gesagt, nicht stimmt. Aber sie sind so verzweifelt, dass es ihnen so vorkommt. Sie sehen, wie die EU das Leben der Menschen in Griechenland zerstört hat und sie fürchten, sie könnten die nächsten sein.

Dem Kampf der LGBT-Community oder der Schwarzen in den USA wird von Linken oft vorgeworfen, sie seien zu sehr ästhetisiert und zu sehr mit der kommerziellen Entertainmentgesellschaft kompatibel. An den wirtschaftlichen Realitäten würden sie deshalb nichts ändern. Die Bewegung Black Lives Matter in den USA ist vielleicht auch eine wirtschaftliche Initiative, aber nicht nur. Es ist eine ethnische Bewegung, eine soziale Bewegung, eine Minderheitenbewegung. Man kann den Schwarzen in den USA nicht erzählen, dass ihr Widerstand gegen die Polizeigewalt weniger gilt, nur weil er auch kommerziell funktioniert. Es geht in vielen

WIR WÄHLEN PARTEIEN, WEIL WIR IN DEM WELTBILD, DAS SIE VOR AUGEN HABEN, SELBST VORKOMMEN.

Fällen ganz konkret um ihr Leben. Auch Abtreibungen sind mit dem Neoliberalismus kompatibel. Sollen die Frauen deshalb aufhören, für das Recht zu kämpfen, über ihre Körper und ihr Leben selbst entscheiden zu dürfen? Was wäre denn eigentlich nicht irgendwie kompatibel mit dem Neoliberalismus? Es ist ein idiotisches Argument. Und es ist erschreckend, wie populär es in der europäischen Linken gerade ist. Dieser Rechtsruck der Linken ist nicht mitanzusehen.

Wäre es denkbar, diese ästhetisierten Kampagnen, die LGBTs und Schwarzen viele Rechte erkämpft haben, auch auf die Belange der Arbeiter anzuwenden? Von Arbeitern hört man oft, dass sie die Antidiskriminierungskämpfe dieser Minderheiten als ein Projekt der liberalen Eliten wahrnehmen, die sich um die wirklichen

Probleme schon längst nicht mehr kümmern.

Wenn es eine linke Partei gäbe, die für die Rechte der Arbeiterklasse genauso einstehten würde wie für die Rechte der LGBT-Community, der ethnischen Minderheiten und all den anderen, könnte das eine Instanz sein, die zwischen diesen Gruppen vermittelt und ihnen bewusst macht, wie sehr sich ihre Situationen ähneln, anstatt sie zu Gegnern zu erklären. Es ist natürlich wahr, dass es in der Arbeiterklasse Rassismus und Homophobie gibt. Das sind sicher keine Engel, auch meine Familie hat rassistische Ansichten. Aber meine Familie war auch schon rassistisch, als sie noch die Kommunisten gewählt hat. Sie sind heute nicht mehr oder weniger rassistisch als früher. Um also auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, warum meine Mutter gegen ihre eigenen Interessen stimmt: Wenn es eine linke Partei gäbe, von der sie sich repräsentiert fühlte, würde sie auch jederzeit für diese Partei stimmen, selbst wenn sie sich für die Rechte von Schwulen und ethnischen Minderheiten einsetzt. Niemand wählt eine Partei, weil er mit ihr in jedem einzelnen Punkt übereinstimmt. Wir wählen Parteien, weil wir in dem Weltbild, das sie vor Augen haben, selbst vorkommen. Und viel mehr wollen die Arbeiter auch nicht.

Das Gespräch erscheint mit freundlicher Genehmigung als Nachdruck der „Zeit“.

Didier Eribon ist etwas gelungen, was nicht nur in Frankreich eher selten vorkommt: Obwohl er 1953 in eine Fabrikarbeiterfamilie in Frankreichs Nordosten hineingeboren wurde, ist er heute ein renommierter Soziologe, Foucault-Biograf, LGBT-Aktivist und öffentlicher Intellektueller. Im Jahr 2009 hat er in Frankreich das Buch „Retour à Reims“ (Rückkehr nach Reims) veröffentlicht, in dem es unter anderem um die Frage geht, warum bis heute so wenigen Arbeiterkindern der soziale Aufstieg gelingt. Das Buch ist gleichzeitig ein Roman und eine soziologische Studie: Eribon hatte seit Jahren keinen Kontakt mehr zu seiner Familie, als ihn die Nachricht vom nahen Tod seines Vaters erreichte. Er kehrte zurück und stellte fest, dass aus seiner ehemals zutiefst kommunistischen Familie in der Zwischenzeit Wähler des rechts-extremen Front National (FN) geworden waren. Jetzt ist das Buch auf Deutsch erschienen (Edition Suhrkamp)

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen); Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Magdalena Summereder,
Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Kathrin Wimmer, Muhamed Beganovic,
Karin Liebhart, Felix Stephanie, Walter O. Ötscher,
Bernadette Goldberger, Teresa Wailzer, Beat Weber,
Zoran Sergejevski, Martin Schenk, Ibrahim Yavuz,
Sonja Dries, Philipp Sonderegger, Clara Akinyosoye,
Franz Fischler

BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD: Karin Wasner

LEKTORAT: Andreas Görg

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:
Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch
gegen Rassismus und Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und
Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung
der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren
ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen
bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.



„Und wenn ich noch 10-mal
hingehen muss: Ich werde
nicht wahlmüde“

Adele Neuhauser

Am 2. Oktober 2016
**WAHLMUNTER
BLEIBEN!**



„Wenn wir nicht wählen
gehen, entscheidet wer
anderer für uns, und
das will ich nicht. Ich
bleib wahlmunter!“

Elisabeth T. Spira

Am 2. Oktober 2016
**WAHLMUNTER
BLEIBEN!**

DAS IST KAMPF- RHETORIK

Die Rhetorik von Populisten ist niemals auf Dialog ausgerichtet. Es geht um einen persönlichen Kampf gegen „das System“, „das Establishment“ im Auftrag „des Volkes“. Das gilt auch für den Anwärter auf das Amt des Bundespräsidenten. Was Norbert Hofer macht, könnte man Kampf-Rhetorik nennen. Er hat früher Seminare abgehalten.

Kommentar: Walter O. Ötsch

Die Auserwählten

Donald Trump, Norbert Hofer, Heinz-Christian Strache, Nigel Farage und Boris Johnson in England und führende Personen in der „Alternative für Deutschland“ weisen trotz ihrer vielen Unterschiede eine Gemeinsamkeit auf. Sie vermitteln eine soziale Welt, die in zwei unterschiedliche Gruppen zerfällt. Auf der einen Seite stehen „die Guten“, auf der anderen „die Bösen“ – wie in einem Kasperltheater. Dazwischen gibt es nichts, keine Zwischentöne, keine Mischformen, nichts Mehrdeutiges. Die Guten: das sind „Wir“, „das Volk“, „unsere Kultur“, „die Inländer“, „die Christen“, „das Abendland“, usw. Die Bösen: das sind „die Anderen“, „die Flüchtlinge“, „der Islam“, „die Moslems“, „die Terroristen“, „die EU“, usw. Ein solches Bild ist der Kern der rechtspopulistischen Propaganda. Wenn man an dieses Bild glaubt, dann lebt man in einer Angst- und Bedrohungs-Welt. Denn zwischen diesen Gruppen tobt ein tödlicher Kampf. „Wir“ sind von „denen“ bedroht. „Wir“ haben Angst vor „denen“ und „wir“ müssen „uns“ jetzt endlich gegen „die“ wehren. Wer so denkt, dem fällt es



Hofer hat im Wahlkampf plakatiert „Das Recht geht vom Volk aus“, „Recht“ und „Volk“ in Großbuchstaben gesetzt. Aber das entspricht nicht der österreichischen Verfassung. Hier steht in Artikel 1: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

leicht, alle Probleme „denen“ in die Schuhe zu schieben. Für jedes Problem findet sich ein Sündenbock. Komplizierteste Fragen bekommen eine einfache Antwort. Rechtspopulistische PolitikerInnen geben sich als auserwählt. Nur sie könnten die grundlegenden Konflikte der Gesellschaft erkennen. „Ich muss dem Volk gehorchen“, meint Heinz-Christian Strache, in Abgrenzung zu den „anderen“ Politikern.

Und: „Wir müssen endlich aufräumen“. Wer sich dagegen stellt, ist demnach ein „Volksverräter“ oder ein „Staatsfeind“. Er gehört ja „dem Volk“ nicht an.

Der springende Punkt in diesem Denken ist jedoch nicht die Gegenüberstellung in zwei Gruppen. Das machen wir andauernd: Wir Alten und die Jungen, wir Männer und die Frauen, wir Linzer und die Wiener, usw. Der springende Punkt ist die

Ausschließlichkeit, – nur das macht die Demagogie aus: als ob es keine Gemeinsamkeit zwischen den beiden Teilen der Bevölkerung geben würde. In dieser Weise sind die Gruppen reine Erfindungen: Es gibt kein „Volk“, nicht „unsere Kultur“: Was sollte das sein?

Falsch zitiert

In einem demokratischen Diskurs beginnen wir nicht bei unüberbrückbaren Differenzen zwischen Gruppen – das fördert „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ –, sondern bei gleichen Regeln für alle, z.B. Menschenrechte, die ausnahmslos für alle gelten. Auf den Punkt gebracht: Hofer hat im Wahlkampf plakatiert „Das Recht geht vom Volk aus“, „Recht“ und „Volk“ in Großbuchstaben gesetzt. Aber das entspricht nicht der österreichischen Verfassung. Hier steht in Artikel 1: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Diese Sätze sind sehr präzise: Zuerst wird die Institution genannt und erst dann kommt das Volk und sein Recht, – und zwar im Rahmen dieses Regelwerkes, das für alle gilt. Rechtspopulisten haben nur Erfolg, wenn die anderen Parteien eine wenig ansprechende Politik machen und wenn die Umstände gut sind. Strache ist weniger talentiert als Jörg Haider, aber er hat mehr Erfolg, weil die wirtschaftlichen und sozialen Umstände für ihn spielen. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 haben wir kaum Wachstum, zunehmende Ungleichheit und einen Teil der Bevölkerung, dem es spürbar schlechter geht. Die EU taumelt von einer Krise zur anderen und den Banken wird mit riesigen Summen geholfen, die niemand nachvollziehen kann. Wenn Probleme nicht offen angesprochen werden, z.B. die Krisen, prekäre Arbeiten nicht thematisiert werden, dann fühlt sich ein Teil der Bevölkerung von der Politik nicht mehr vertreten. Rechtspopulisten sind gut darin, diesen Teil anzusprechen. Sie knüpfen an ein dumpfes Unbehagen an und übersetzen alles in ihr Bild einer geteilten Welt. Die Mehrheit in Großbritannien war nicht gegen die EU, sondern brachte ihre Enttäuschung über eine Politik, die unteren Schichten nicht hilft, zum Ausdruck – das kann man nach politökonomischen Kriterien im Detail zeigen.

Hofers Rhetorik – macht er NLP?

Norbert Hofer ist ein ausgebildeter Kommunikationstrainer, der in kleinsten Details



und ungemein kontrolliert agieren kann. Er kommentiert z.B. die Körpersprache des Gegenüber (das macht Alexander Van der Bellen, der andere Bundespräsidentenskandidat nicht), er lacht, wenn er angegriffen wird (das ist antrainiert), er erzählt berührend seine Unfallgeschichte (das macht

**VAN DER BELLEN
WIRKT SÄCHLICH UND
RUHIG – FÜR MANCHE
ZU RUHIG.**

ihn sympathisch), er beantwortet Vorwürfe niemals inhaltlich (das würde den Gegner aufwerten), sondern schaltet innerhalb von Sekunden auf Gegenangriff um. So kommt er schnell in sein Kampf-Bild und braucht nicht über konstruktive Alternativen zu reden. Hofer wirkt gemäßiger als Strache, inhaltlich macht er aber keine Abstriche. Wenn man genau hinhorcht, kann man das

Bild der gespaltenen Welt der FPÖ deutlich erkennen. Hofers Performance im Fernsehen ist sehr wirkungsvoll. Er wirkt ruhig und sympathisch. In den Medien wird das oft mit NLP (Neurolinguistisches Programmieren) in Verbindung gebracht. Diese Aussage ist falsch bzw. verkürzt. NLP ist eine Sammlung vieler widersprüchlicher Methoden, die ab den siebziger Jahren in den USA als Kurzzeittherapie entwickelt wurden. Es ging um Verfahren, die schnell wirken, z.B. wie man mit suggestiver Sprache Stimmungen beeinflussen kann, wie man schnell umdeuten kann oder wie man Körpersprache einsetzen kann. All das sind Dinge, die andere auch machen, oft intuitiv und ohne Training. Jeder, der Karriere macht, hat gelernt, auf irgendeine Weise effizient zu kommunizieren. Wer aber Kommunikationsmuster kennt und jahrelang geübt hat wie Hofer, kann das bewusster und gezielter einsetzen. Der Punkt bei Ho-



Der springende Punkt ist nicht die Gegenüberstellung in zwei Gruppen, sondern die Ausschließlichkeit – nur das macht die Demagogie aus.

fer ist nicht NLP, sondern dass er sein Wissen als Kommunikationstrainer für seine Denkweisen einsetzt. Es geht niemals um einen Dialog, sondern um einen persönlichen Kampf gegen „das System“, „das Establishment“ im Auftrag „des Volkes“. Was er macht, könnte man Kampf-Rhetorik nennen. Hofer hat auch dazu früher Seminare abgehalten.

Gezielt Schwächen erkennen

In NLP lernt man Techniken und Verhaltensweisen, die für Therapie und Heilung entwickelt wurden, aber für Kampf-Rhetorik gut einsetzbar sind. Man lernt z.B. genau hinzusehen und bewusst kleine Details wahrzunehmen, z.B. kurze Flashes mit den Augen. Diese transportieren wichtige Informationen, die dem Sender in der Regel nicht bewusst sind. Ein Therapeut „sieht“ hier innere Prozesse beim Klienten (und kann sie gezielt ansprechen). Ein Kampf-

Rhetoriker „sieht“ hier Schwächen beim Gegenüber und kann das ansprechen, um diese Person zu irritieren. Hofer z.B. hat ein hohes Maß an Bewusstheit, was seine eigene und die Körper-Sprache des „Gegners“ angeht und setzt das zielgerecht ein, – oft zum Vorteil für ihn. Hofer ist sehr ge-

HOFER LACHT, WENN ER AN- GEGRIFFEN WIRD (DAS IST ANTRAINIERT) UND SCHALT- TET AUF GEGENANGRIFF.

schildt, einen normalen Dialog zu zerstören, z.B. ganz bewusst etwas anderes zu „hören“, als gesagt und gemeint wurde und dann auf natürlich wirkende Weise empört zu tun. Bei all dem kann er souverän wirken, auch z.B. dadurch, dass er mimisch fast keine Regung zeigt.

Van der Bellen hingegen ist eine sehr souverän wirkende Person und hat den Ha-

bitus eines erfolgreichen und etablierten Mannes in Wissenschaft und Politik. Für manche wirkt er auch zu ruhig. Van der Bellen will sachlich und inhaltlich argumentieren. Dies gelingt ihm oft. In dem nicht moderierten „TV-Duell“ im Mai war das weniger der Fall. Van der Bellen kann oft gut Konter geben und eigene Anliegen transportieren, aber Hofer kann mit seiner Rhetorik bei Vielen punkten, die nicht auf Inhalte sondern auf „Sieg“ oder „Niederlage“ aus sind. Manche Medien verstärken diese Haltung, als ob die Qualifikation für das Amt des Bundespräsidenten eine erfolgreiche Kampf-Rhetorik wäre.

Und die Abhilfe?

Die Abhilfe zu der rechtspopulistischen Welle liegt nicht auf der Ebene der Rhetorik und von Inszenierungen im Fernsehen, sondern auf der der Politik. Rechtspopulisten haben nur dann Auftrieb, wenn andere Parteien etwas falsch machen. Insbesondere die Enttäuschung „von unten“, die sich lange Jahre aufgebaut hat, scheinen viele nicht wirklich zu verstehen. Es fehlt der Blick, wie die Gesellschaft „von unten“ aussieht. Kritische Sozialwissenschaftler haben diesen Unmut kommen sehen und Warnungen ausgesprochen, – auf sie wurde aber nicht gehört. Seit gut einem Jahr hat sich diese Stimmung in Europa und in den USA medial Bahn gebrochen. Erste Abhilfe kann ein klarer Blick auf die gesplattene Welt der Rechtspopulisten sein, die keine Lösung bringen kann. Man sollte auch nicht auf deren Attacken groß eingehen, sondern ruhig bleiben, die Probleme im Hintergrund ansprechen, die manchmal berechtigt sind und von Rechtspopulisten konstruktive Vorschläge einmahnen, z.B. für Probleme am Arbeitsmarkt, für Klimafragen (in der FPÖ gibt es Klimaleugner), für die Zukunft des Sozialstaates (die FPÖ will ihn abbauen und damit ihrem Klientel Schaden zufügen). Es sollte auch unbestritten sein, dass man viele Probleme nur auf der Ebene der EU angehen kann. Ein Rückzug auf das nationalistische „Volk“ würde die Situation nur verschlechtern.

Walter O. Ötsch ist Professor für Ökonomie und Kulturgeschichte an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues, zuvor an der Johannes-Kepler-Universität in Linz. Er ist Vorstand des Vereins SOS Menschenrechte.



SPIEL MIT DEM FEUER

Stimmen, die einen linken Populismus fordern, mehren sich. Kann das wirklich gut gehen?

Text: Bernadette Goldberger

Jüngste Zuwächse rechtspopulistischer Parteien bei Wahlen in Europa mehrten in Parteien links der Mitte die Stimmen, die für eine Änderung der politischen Strategie plädieren. Der Journalist und Autor Robert Misik fragt in seinem Blog, „was so schlimm daran sein soll, wenn die Linke populistisch agiert“, schließlich schaffe ein linker Populismus „ein ‚Wir‘ gegenüber einem ‚Sie‘ – wobei das ‚Wir‘ das normale einfache Volk, die Bürger sind, und das ‚Sie‘ die korrupten, gierigen Eliten.“ Für Deutschland fordert Spiegel-Kolumnist Jakob Augstein: „Setz dem rechten Populismus endlich einen linken entgegen!“ und meint damit den „Mut, in Gegensätzen zu denken“ und das Gefühl in der Politik zurückzuerobern, mit dem die europäischen

Rechtsparteien einen Erfolg nach dem anderen einstreifen. Das klingt erst einmal einleuchtend. Wer mit dem Feuer spielt, verbrennt sich aber leicht. Die Linke sollte lieber zweimal überlegen, bevor sie auf den populistischen Zug aufspringt, denn sie untergräbt damit ihre eigenen Ziele.

**„CONSTRUIR PUEBLO“,
FREI ÜBERSETZT
HEISST DAS: „EIN VOLK
HERSTELLEN“.**

Die Populismus-affine Linke bezieht sich auf den 2014 verstorbenen postmarxistischen Theoretiker Ernesto Laclau. Seine Frau, die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, tourt mittlerweile durch Europa

und macht Werbung für Laclaus Populismustheorie als strategisches Werkzeug für die Linke. Beispiele, wo dieser Transfer von der Theorie in die Praxis funktioniert hat, gibt es bereits. In Spanien hat es die 2014 gegründete linkspopulistische Podemos auf Antrieb zur drittstärksten Partei geschafft. Ihre führenden Köpfe nennen Laclaus Ideen als Inspirationsquelle. In Griechenland stellt Syriza sogar den Ministerpräsidenten. In ihren Reihen finden sich mehrere Essex-AbsolventInnen.

„Ein Volk“ mit links

Das Geheimnis des Erfolgs hat Chantal Mouffe gemeinsam mit Podemos-Wahlkampfleiter Íñigo Errejón mit ihrem 2015 veröffentlichten Buch treffend betitelt: „Construir pueblo“, frei übersetzt heißt das „ein Volk herstellen“. Was Populismus demnach ausmacht, ist mehr, als die Infragestellung der etablierten Politik. Es geht darum, eine Identität zu konstruieren, ein neues Wir zu schaffen, das nicht nur eine lose Allianz sozialer Bewegungen und unzufriedener BürgerInnen ist, sondern ein einheitliches kollektives Subjekt, eben ein „Volk“.

Dass die Rechtspopulisten das schon gemacht haben, zeigt sich an ihrer Sprache. So posaunt Heinz-Christian Strache auf Facebook, er müsse nicht so sein, wie „die anderen Parteien“ es gerne hätten, sondern wie

„sein Volk“ es von ihm verlange. Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, beruft sich gar auf ein unhintergebares „Volksempfinden“, von dem sich Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik entfernt habe.

An den Beispielen kann gut nachvollzogen werden, wie Populismus seine Anhängerschaft mobilisiert: Es wird ein Teil der Gesellschaft identifiziert, der den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand verschuldet hat und daher nicht Teil des „Volkes“ sein kann. Der andere Teil ist auf der „guten Seite“. So entsteht eine gemeinsame Identität aller, die übergangen und nicht gehört werden. Es ist dieses „Wir“, das „wahre Volk“ des Rechtspopulismus, das harmonisch zusammenleben könnte, wenn „die anderen“ nicht wären. Nicht umsonst posiert Strache bei besagtem Posting vor der Österreichflagge. Das „wahre Volk“ ist zugleich das ganze Volk. Eine spannungsfreie Gesellschaft gibt es natürlich nicht. Auch die FPÖ- und AfD-WählerInnen haben heterogene Interessen und würden in Konflikt geraten, selbst wenn sie allein im Land wären. Als politisches Erlösungsversprechen wirkt die fantasierte Einheit aber mobilisierend. Folgt man nun Ernesto Laclau, müsste sich das ganze Spiel auch von links betreiben lassen. Stellen wir uns also die spiegelverkehrte Konstellation vor: die „Feinde“ wären dann die Börsenspekulanten oder die politischen Machtcliquen, gegen die Podemos-Chef Pablo Iglesias in Spanien als „die Kaste“ wettet. Im Kontrast dazu nimmt ein „authentischer Kern“ des Volkes Gestalt an, der solidarisch und umverteilungswillig ist. Klingt doch, als wären das die „richtigen“ Feindbilder, als würde diese Spaltung progressive Politik ermöglichen. Tatsächlich schweißt die Zuspitzung das Protestlager zusammen, verleiht ein Gefühl gemeinsamer Identität und macht es handlungsfähig. Nur für welches Ziel eigentlich? Spätestens wenn es eine linkspopulistische Partei in die Regierung schafft, zeigen sich die Widersprüche im homogenen Kollektiv. Was war jetzt eigentlich noch mal genau links? Die Steigerung der Sozialausgaben oder das bedingungslose Grundeinkommen? Der sozial-ökologische Umbau oder die Neuauflage keynesianischer Wirtschaftspolitik?

Interne Differenzen sind in einem populistischen Projekt aber nicht vorgesehen. Wenn PopulistInnen untereinander zu debattieren beginnen, wenn sie ihre interne Pluralität nach außen kehren, dann verspielen sie

alles, was sie mit ihrer populistischen Rhetorik zuvor gewonnen haben. „Mit ganzer Kraft gegen die anderen“ funktioniert nur, solange das „Wir“ einheitlich bleibt. Deshalb setzte etwa Podemos-Vorsitzender Iglesias nach internen Querelen Organisationssekretär Sergio Pascual kurzerhand wegen „parteischädigender“ Amtsführung ab und schrieb in einem Brief an die AnhängerInnen, die oligarchischen Sektoren versuchten, „die Einheit und die Schönheit unseres politischen Projekts“ mit der Behauptung zu schwächen, es gäbe innerhalb der Partei unterschiedliche Richtungen. Wenn das politische Panorama in zwei homogen vorgestellte Gruppen gespalten wird, wird es aber schwierig, Zugehörigkeit zum „popularen Lager“ zu postulieren und gleichzeitig Kritik an diesem zu üben. Identität und Pluralität sind letztlich unvereinbar.

GEEINT DURCH DIE RICHTIGEN „FEINDBILDER“ – UND DANN?

Libidinöse Einheit

Ernesto Laclau selbst erklärt die Anziehungskraft des Populismus psychoanalytisch. Im frühkindlichen Erleben wird die Mutter nicht als eigenständiges Individuum wahrgenommen, die Beziehung zu ihr ist eine symbiotische, widerspruchsfreie. Auf den im Subjekt angelegten Wunsch nach Rückkehr in diesen vollkommenen Zustand antwortet populistische Politik. Sie bietet die Illusion eines ungeteilten Gemeinschaftssubjekts, das als Ersatz für die verlorene „Vollständigkeit“ libidinös besetzt werden kann. Erklärt man linke Politik zur Projektionsfläche, die das Begehren nach vollkommener Identität zu bedienen habe, reduziert man sie aber auf eine psychologische Funktion. Dann büßt sie ihren

emanzipatorischen Anspruch ein. Schließlich meint Emanzipation nicht nur Befreiung von äußeren Unterdrückungsverhältnissen, sondern in einem aufklärerischen Sinn auch Ermächtigung gegenüber den eigenen regressiven Impulsen.

Wird hingegen kein einheitliches Wir geschaffen, bleibt die Identität der linken Bewegung unsicher, ihre Politik muss ständig ausdiskutiert werden. Zu diskutieren gäbe es aber ohnehin genug, was durch die populistische Personalisierung von Herrschaftsverhältnissen in den Hintergrund gerät. Selbst wenn ein „Oligarch“ wie der Red Bull-Milliardär Dietrich Mateschitz sein Geld an alle verschenken und verschwinden würde, käme schließlich bald der nächste nach. Soziale Ungleichheit mit der Bedrohung des guten Volkes durch mächtige Personengruppen zu erklären, lenkt da bloß von strukturellen Dynamiken ab.

Hier rächt sich die implizite Rückwärts-gewandtheit der populistischen Rhetorik. Wenn Populisten wie der griechische Premier Alexis Tsipras ständig die „Würde“ des Volkes als Ziel ihres politischen Handelns nennen, ist das eine Zukunftsvision, der die Vorstellung von etwas Verlorengangenen anhaftet: das griechische Volk, als es noch ein „stolzes“ Volk war. Die politische Zielsetzung wird an eine Art „Goldenes Zeitalter“ angekoppelt. Der mythische Rückbezug liefert politische Legitimität. Gleichzeitig wird Populismus damit auch irgendwie ein restauratives Projekt mit der Aufgabe, die gute alte Zeit wiederherzustellen. Damit verbaut sich die Linke den Sprung in eine wirklich neue Logik. Gerade die braucht es aber in gesellschaftlichen Umbruchzeiten, in denen ein emanzipatorischer Zukunftsentwurf gefragt ist. Neuer Wein in alten Schläuchen ist da nicht die Lösung.

Podemos-Chef Pablo Iglesias: wettet gegen Börsenspekulanten und politische Machtcliquen als „die Kaste“. Alexis Tsipras: will die Würde des Volkes zurück.



POLITIK ALS PULVERFASS

*In England ermordete ein Mann die Labour-Abgeordnete und Brexit-Gegnerin Jo Cox mit den Worten „Britain first!“
In Österreich schlug man der Wasserrettung die Scheiben ein.
Erleben wir nun die Früchte des rechten Populismus?*

Text: Sonja Dries

Als in der Nacht auf den ersten Juni in Altenfelden in Oberösterreich eine Flüchtlingsunterkunft brannte, war der Funke vom Wort zur Tat wieder einmal übergesprungen. Schon im vorigen Jahr waren offiziell 25 Übergriffe auf Flüchtlinge verzeichnet worden, darunter auch ein Vorfall in Niederösterreich, bei dem mit einer Softgun auf Flüchtlinge geschossen wurde. Laut Verfassungsschutzbericht stieg die Zahl der rechtsextremen und rassistisch motivierten Straftaten in Österreich letztes Jahr um 54,1 Prozent auf 1.156. Die Sprache der Politik wird härter und radikaler. Gleichzeitig sinkt auch die Hemmschwelle der Menschen, aufgestaute Aggressionen nicht nur verbal, sondern auch physisch an anderen auszulassen. „Der latente Hass, der in der Bevölkerung aufgrund einer wirtschaftlich oder sozial schwierigen Situation herrscht, wird durch Sprache aufgeweckt“, sagt der österreichische Philosoph und Politikwissenschaftler Paul Sailer-Wlasits. Sprachentgleisungen und Zuspitzungen, wie sie von einigen PolitikerInnen derzeit vor allem im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik verwendet werden, bezeichnet er als Verbalradikalismus. „Ein Rudel Afghanen drübersteigen lassen und geht schon“ laute-

te die Nachricht unter einem Kommentar, den die Journalistin Barbara Kaufmann zu den Ereignissen der Silvesternacht in Köln verfasst hatte. Auch Puls 4 Info-Chefin Corinna Milborn und ORF-Moderatorin Ingrid Thurnher berichteten in einer Falter-Ausgabe Mitte Juni von Beschimpfungen, Drohungen und Wortgewalt in Online-Postings, die sie kaum für möglich gehalten hätten. Befördert wird diese Haltung gegenüber JournalistInnen auch durch das Misstrauen, das speziell die FPÖ gegenüber Me-

PULS 4 INFO-CHEFIN CORINNA MILBORN UND ORF-MODERATORIN INGRID THURNHER BERICHTEN VON DROHUNGEN.

dien säht. Der Begriff „Lügenpresse“ und der Vorwurf der Manipulation durch Medien sind immer wieder aus FPÖ-Kreisen zu hören. Dass die politische Sprache auch die Wortwahl und das Handeln der BürgerInnen beeinflusst, daran besteht kaum Zweifel. Umso kritischer ist zu beobachten, dass es international vielfach populistische Parteien sind, die die politische Bühne dominieren. Egal ob die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich, Orban, UKIP

und selbst der US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump sorgt derzeit für tiefe Sorgenfalten in der eigenen Partei.

Die Soziolinguistin Ruth Wodak nennt es eine „Arroganz der Ignoranz“, die populistische Parteien vertreten, wenn sie auf ein vormodernistisches Denken und Anti-Intellektualismus zurückgreifen. Durch die Konstruktion von Sündenböcken würden sie scheinbar klare Antworten auf Ängste und Herausforderungen finden. Wodak schreibt in ihrem aktuellen Buch „Politik mit der Angst“, dass die FPÖ unter Haider in Europa den Weg für xenophobe, rassistische, ausgrenzende und antielitäre Politik geebnet hat. Nachfolger wie FPÖ-Chef Strache oder der FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer führen diesen Weg fort. Ihre Politik trägt Früchte in der österreichischen Gesellschaft und wirkt sich nicht nur verbal aus.

Freibad-Verbot für Asylwerber

Österreich scheint von PopulistInnen in „Gutmenschen“ und „wahre ÖsterreicherInnen“ gespalten. Das gegenseitige Misstrauen ist allgegenwärtig und führt zu weiteren Ressentiments: Eine Facebook-Unterstützungsgruppe für Hofer ruft dazu auf, die Caritas nicht mehr zu unterstützen, weil sie



Kein Zweifel darüber, dass die politische Sprache das Handeln der BürgerInnen beeinflusst.

angeblich teure Handys für Flüchtlinge mit Spenden finanzieren würde. Die falsche Anschuldigung wird spät zurückgenommen. Ein 13-jähriges Mädchen erfindet eine Vergewaltigung durch einen „südländisch wirkenden“ Mann im Freibad in Mistelbach, worauf prompt ein Hausverbot für Asylwerber ausgesprochen wird. Der Obmann vom Ring freiheitlicher Jugend (RFJ) im Burgenland, Werner Wassicek, fordert nach dem angeblichen Vorfall gleich ein „Freibad-Verbot für Asylwerber in ganz Österreich“. Ebenso unglaublich klingt – nach massiven verbalen Drohungen – der Angriff auf ein Fahrzeug der Kärntner Wasserrettung: sie hatte gratis Schwimmkurse für AsylwerberInnen angeboten.

RechtspopulistInnen müssen sich auch in anderen Ländern die Frage stellen, welchen Anteil sie an der Radikalisierung der öffentlichen Stimmung haben. In Großbritannien kam es in den Tagen nach dem Brexit-Votum vermehrt zu Attacken gegen AusländerInnen. Schon der Wahlkampf von UKIP war von xenophoben Aussagen geprägt. Während des Wahlkampfes ermordete ein Brite die Brexit-Gegnerin und Labour-Abgeordnete Jo Cox, Zeugen vernahmen seine „Britain first!“-Rufe. In den USA schürt Donald Trump in seinen Reden im-

mer wieder Hass und Missgunst mit Forderungen, wie einem Einreiseverbot für MuslimInnen oder dem Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko.

Laut Paul Sailer-Wlasits hat Sprache eine Vorbereitungsfunktion, von der Handlungsanweisungen abgeleitet werden können. Am Ende könne die Dynamik der Hasssprache eine bereits fanatisierte oder instrumentalisierte Masse vollends durchsetzen. „An so einem Punkt angelangt, reicht dann der sprichwörtliche Funke aus, damit das Wort

DIE ERMORDUNG DER LABOUR-ABGEORDNETEN JO COX: VON „BRITAIN FIRST!“-RUFEN BEGLEITET.

in die Tat überschreitet“, so Sailer-Wlasits. Schaut man sich die europäische Wertestudie an, die schon seit vielen Jahren die Einstellungen der EuropäerInnen misst, sieht man, dass es in der Bevölkerung schon weit vor den populistischen Parteien autoritäre Ansichten zu Demokratie, Parteien und dem Rechtsstaat gab. „Diese Ansichten schufen nicht erst die Populisten“, betont der Politologe Reinhard Heinisch von der Universität Salzburg. Früher hät-

te es dafür aber noch kein Angebot im Parteienspektrum gegeben. Heute ist das anders. Gerade in Zeiten großer Veränderung neigen Menschen laut Heinisch zu sehr rigiden Vorstellungen, die gemeinsam mit wirtschaftlichem Druck zu Aggression und Radikalisierung führen können. Gepaart mit populistischen Parolen wird diese Mischung zum Pulverfass.

PolitikerInnen bekommen mit ihrem Amt eine große Verantwortung übertragen. Sie haben die Stimme von Menschen erhalten, die erwarten, dass ihre Interessen gehört und vertreten werden. Diese Menschen brauchen aber auch eine Politik, die Vorbild in der Sprache genau wie im Handeln ist, eine Politik die Grenzen dort nicht überschreitet, wo andere diskriminiert oder verletzt werden. Der Philosoph Paul Sailer-Wlasits plädiert für eine politische Praxis, in der man sich selbst zur Wahrheit und Wahrhaftigkeit verpflichtet und für diese Integrität, die man in Wahlkämpfen auch kommuniziert, den Lohn in Form von WählerInnenstimmen bekommt. Doch mit dem leisen politischen Wort in wirtschaftlich und sozial schwierigen Zeiten gehört zu werden ist umso schwieriger, wenn es von Gebrüll der PopulistInnen übertönt wird.

AUSROTTUNG DES ALPENLANDES?

Jörg Haider wurde vom Mossad ermordet und die Bevölkerung in Österreich soll gegen Ausländer ausgetauscht werden. Wie empfänglich sind wir für Verschwörungstheorien?

Text: Zoran Sergievski

Die UNO plant seit 2001, die deutsche Bevölkerung durch AusländerInnen zu ersetzen. Die aktuellen Fluchtbewegungen sind Vorboten dieses Plans. Diese Geschichte geistert seit Herbst 2015 durch das Netz. Der ehemalige Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Udo Ulfkotte, brachte sie in Umlauf. Er berichtete für den einschlägig bekannten Kopp-Verlag von der Verschwörung gegen die Deutschen. Als Beleg führte er eine Studie der Weltorganisation an. Ulfkotte hat diese allerdings nicht investigativ ausgegraben, sondern auf der Homepage der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen gefunden. Dort ist sie seit ihrer Publikation frei zugänglich, inklusive Pressemitteilungen auf Deutsch. Als die Studie erstmals 2000 bekannt wurde, ging sie durch viele Medien, etwa die FAZ.

„Der große Austausch“

Verschwörungstheorien wie diese gehen anhand erfundener oder tatsächlicher Umstände davon aus, dass sich vermeintliche (z.B. das „Finanzjudentum“) oder echte Eliten (z.B. multinationale Konzerne) im geheimen verbünden. Durch illegale oder illegitime Mittel werden national wie international verschwörerische Zwecke verfolgt. Der Philosoph Harald Stelzer von der Universität Graz sagt im Gespräch mit MO: „Sicherlich gibt es Foren, in denen sich

mächtige Menschen der Welt über gewisse Dinge unterhalten. Aber dass das eins zu eins umgesetzt wird und niemand aus der Wissenschaft, aus dem Journalismus drauf kommt, ist eher unwahrscheinlich.“ Gegenstand der Studie, auf die Ulfkotte seine Verschwörungsthese vom „großen Austausch“ stützt, ist die so genannte „Replacement Migration“. Auf Deutsch heißt das nüchtern Bestandserhaltungsmigration. Damit ist die nötige Zuwanderung gemeint, um eine definierte Bevölkerungszahl in einem Staat zu halten. Ulfkotte nützt jedoch

WIENS VIZE-BÜRGERMEISTER JOHANN GUDENUS WARNT VOR „SYSTEMATISCHER UMWOLKUNG“.

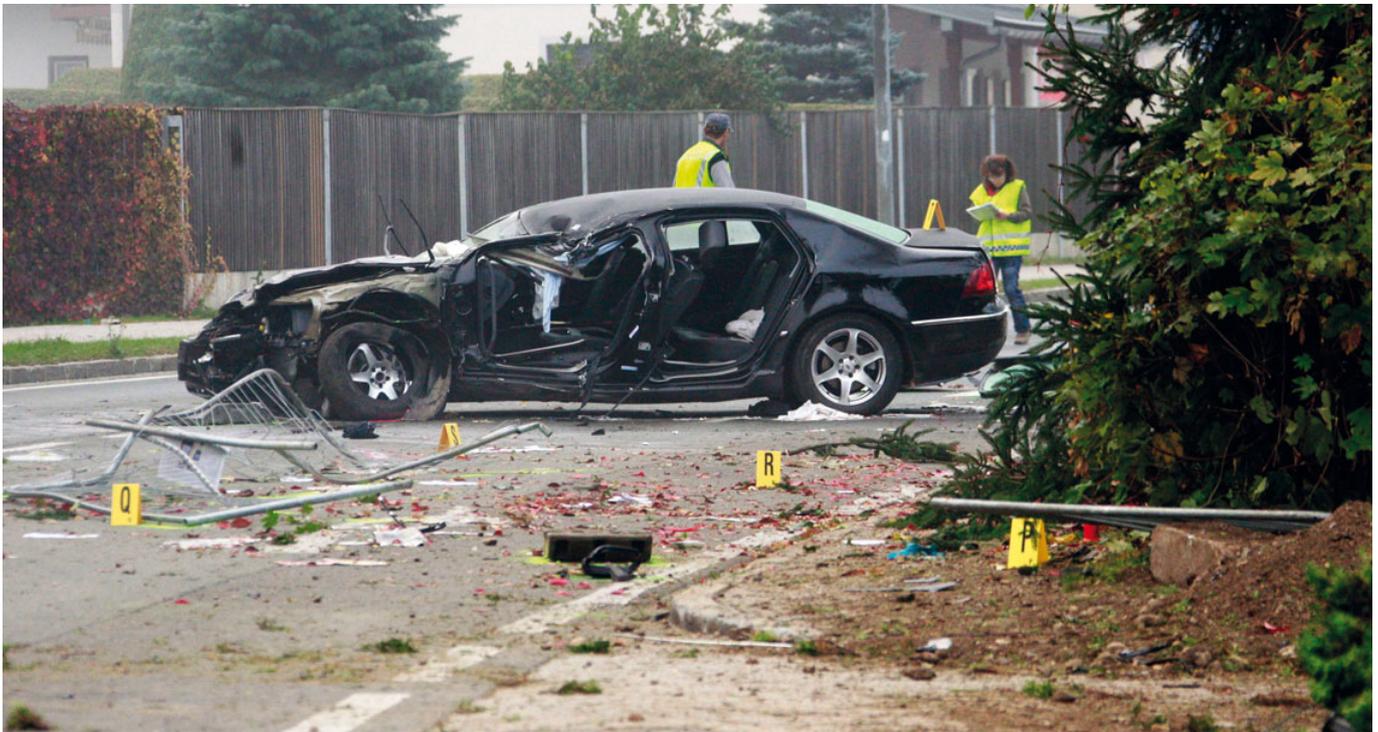
aus, dass das englische Wort „Replacement“ auch mit dem deutschen Wort „Ersatz“ übersetzt werden kann. Damit befeuerte er sein Schauermärchen vom „großen Austausch“. Auch in Österreich wird dieses Märchen in verschiedenen Versionen erzählt. Hierzulande sind es die Identitäre Bewegung und die FPÖ, welche die Angst schüren, ÖsterreicherInnen würden zur Minderheit im eigenen Land – oder eben ausgetauscht. Johann Gudenus, ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Wiens, warnte in diesem Zusammenhang vor „systematischer Umvolkung“.

„Alle gekauft“

Krisen- und Kriegszeiten befeuern nach Ansicht verschiedener Wissenschaften Verschwörungstheorien und – faktisch schwieriger widerlegbare – Verschwörungsmythen besonders. Ihre Anziehung ergibt sich daraus, dass sie für fast alle komplexen Sachverhalte simple Lösungen bieten. Widersprechende Fakten gelten ihren AnhängerInnen als Teil der Verschwörung, so Stelzer. Die Chemtrails zum Beispiel. Diese Kondensstreifen dienen angeblich der globalen Wetter- und Gedankenmanipulation. Der Umstand, dass MeteorologInnen weltweit täglich eine andere atmosphärisch-chemische Zusammensetzung messen als der Chemtrail-Theorie entspricht, wird damit abgetan, dass „die alle gekauft“ seien. Oder der Unfalltod Jörg Haiders im Jahr 2008. Jene Ärzte, die die Autopsie vorgenommen hatten, seien „korrumpiert“, während in Wahrheit der Mossad für Haiders Tod verantwortlich sei. Und noch bevor der Ausgang der ersten Hofburg-Stichwahl entschieden war, deuteten FPÖ-Kandidat Norbert Hofer und sein Parteichef mögliche Manipulationen bei den Briefwahlen an.

„Krankenpflege in osteuropäischer Hand“

Die eingangs erwähnte UN-Studie prognostizierte auf Basis verschiedener Rechenmodelle, wie bis 2050 die Bevölkerung in acht



Haiders Tod: Anlass für wilde Verschwörungstheorien

Industriestaaten, darunter USA, Deutschland, Russland und Japan, deutlich zurückgehen wird. Um die dadurch sinkende Zahl an Pensions- und SozialversicherungszahlernInnen zu kompensieren, müsste die Zuwanderung verstärkt werden. Der Forschungsbericht merkte an, dass das nicht konfliktfrei zwischen länger ansässigen Menschen und MigrantInnen verlaufen würde, jedoch nötig sei. Neue UN-Zahlen von 2015 sehen immerhin eine Erholung der Bevölkerungszahl für Europa, die USA und Großbritannien. In Deutschland wird die Bevölkerung hingegen ohne verstärkte Zuwanderung weiter um ein Viertel abnehmen, in Österreich bis zur Jahrhundertmitte ansteigen, um bis 2100 unter das heutige Niveau zu sinken. Aufgrund dieser Bevölkerungsdynamiken kommt es zum Beispiel heute schon zu Engpässen bei der Krankenpflege. Die Grazer Betriebswirtin Renate Ortlieb erklärt: „Viele Migrantinnen arbeiten in der Pflege, die häusliche 24-Stunden-Krankenpflege ist fest in osteuropäischer Hand.“ Familien „würden sich vielleicht manchmal lieber jemanden aus Österreich dafür wünschen, aber sie finden einfach niemanden, der das bezahlbar machen könnte.“ Tatsächlich hatten im Jahr 2014 20 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich einen Migrationshintergrund. Das heißt, sie oder ihre Eltern kamen als MigrantInnen nach Österreich – nicht im „Austausch“

für Menschen, sondern als Ergänzung. Heute arbeiten 63.600 Personen ausländischer Herkunft als Ärzte und Ärztinnen, als PflegerInnen und in ähnlichen Berufen. Das sind 20 Prozent aller Angestellten in diesem Sektor. Entließe man sie alle aus Angst vor einem „großen Austausch“, herrschte sofort Pflegezustand.

„Kinderfreundliche Politik“

Dass künftige Notärzte auch Murat und Krankenschwestern auch Sahar heißen, interessiert Identitäre und FPÖ nicht. Statt-

DAS INTERNET IST EIN TUMMELPLATZ FÜR PARANOIA UND MYTHEN.

dessen würde eine „Politik der Schuld“ die Entwurzelung der westeuropäischen Kulturen vorantreiben. Mit „Politik der Schuld“ bezeichnen die Identitären auf ihrer Website die „Reduktion der Geschichte eines Volkes auf seine dunkelsten Perioden“, ergo die Aufarbeitung des Faschismus. Als Vorbilder dienen vermeintlich „kulturell gleichförmige“ Länder in Osteuropa, welche sich gegenüber Geflüchteten abschotten. Echte Lösungen für die sozialen Herausforderungen der Gegenwart sucht man vergebens. Die chicen Rassisten, die sich als Retter gerieren, wollen lediglich eine „kinderfreund-

liche Politik forcieren und die Masseneinwanderung in die Schranken weisen.“ Diese Forderung gründet unter anderem in der Annahme, AusländerInnen vermehren sich in größerer Zahl als Einheimische. Nina Horaczek und Sebastian Wiese widerlegen das in ihrem Buch „Gegen Vorurteile“. Demnach passt sich die Geburtenzahl bereits in der zweiten Generation an die des neuen Heimatlandes an. Fruchtbarkeit hängt also nicht mit der Herkunft, sondern der sozialen Umwelt zusammen. Während Verschwörungstheorien noch faktisch widerlegt werden können, ist das bei Verschwörungsmaythen nicht mehr möglich. Dann gilt der pure Glaube vor jedem Beweis. Das Internet ist ein Tummelplatz für solche Mythen. *profil*-Journalistin Ingrid Brodnig bezeichnet Menschen in der Publikation „Hass im Netz“ als Glaubenskrieger. Vielleicht aber muss man die Gläubigen gar nicht bekehren. Vielleicht genügt es, aus den Mythen wieder ein bisschen in die Realität einzutauchen. Die Betriebswirtin Ortlieb regt an, in Unternehmen jede Gelegenheit zum Kontakt zu nutzen. Jede Feier, jedes Meeting, jedes Projekt könne in der Belegschaft die Gemeinschaft abseits von Herkunft, Geschlecht oder Klasse fördern. Auch wenn Communities stabil bleiben, würde der türkische Vorarbeiter die österreichische Angestellte wenigstens einmal kennenlernen.

DIE GROSSE GELD- VERSCHWÖRUNG

Schaffen Banken Geld aus dem Nichts und zwingen uns allen einen Mühlstein aus Schulden auf? Die Bankenkrise verleiht den blühendsten Verschwörungsfantasien Auftrieb.

Text: Beat Weber

Staatliche Rettung, irreführende Beratung, Kursmanipulationen, überzogene Gehälter: Dass sich seit Ausbruch der Finanzkrise der globale Bankensektor als scheinbar unversiegbare Quell ungeheurer Nachrichten erweist, verleiht all jenen Auftrieb, die die Banken schon immer als Wurzel allen Übels betrachten. Noch die absurdesten Verschwörungstheorien gewinnen jetzt Plausibilität. Kann man Banken nicht letztlich alles zutrauen?

Mit der Behauptung, Banken schöpften „Geld aus Luft“ und der Prognose, dieses auf Betrug gebaute System werde folglich spätestens 2013 zusammenbrechen, landete der Buchhaltungsfachmann Franz Hörmann 2010 einen Bestseller. In der Aufregung über die Finanzkrise 2008 traf die Aussage einen Nerv. Das prognostizierte „Ende des Geldes“ (Buchtitel) kam dann doch nicht, doch der Grundgedanke geistert nach wie vor in unzähligen Variationen durch die virtuellen Netze.

Der Bargeld-Irrtum

Der Auslöser für die verstiegene Behauptung liegt in der Tatsache, dass die meisten Zahlungen im Alltag nicht mit Bargeld, sondern mit Überweisungen zwischen Bankkonten erfolgen. Kontoguthaben sind

aber keine nach Belieben erfolgten Gelderfindungen durch Banken. Sie entstehen nach bestimmten Regeln – wenn jemand einen Kreditvertrag unterschreibt, erfolgt die Kreditauszahlung erst mal als Kontogutschrift. Wenn jemand Bargeld einahlt, resultiert das ebenfalls in einer Kontogutschrift. Geschaffen im Austausch gegen ein Rückzahlungsversprechen eines Kreditnehmers oder eine Bareinzahlung, können die so entstandenen Kontoguthaben zur bar-

VIVIENNE WESTWOOD WARNT VOR GEHEIMEN „WELT- HERRSCHERN“

geldlosen Zahlung verwendet werden. Sie fungieren somit im Alltag als Bargeldersatz. Wir zahlen zumindest größere Beträge in der Regel mit Erlagschein, Karte oder e-banking statt mit Scheinen und Münzen. Banken können somit eine Art Geldersatz schaffen. Diese Fähigkeit ist zunächst durch die Erzeugungsregeln (vorherige Bareinzahlung oder Tausch gegen ein Rückzahlungsversprechen eines Schuldners nach Kreditwürdigkeitsprüfung) beschränkt. Darüber hinaus muss die Bank ihrer Kundschaft versprechen, ihre Guthaben jederzeit in

Bargeld umtauschen zu können. Eine Kontokarte erlaubt es uns, unsere Kontostände am Bankomat jederzeit in Bares umzuwandeln. Viele Verschwörungsgänge rund um Banken kreisen um das vermeintliche Geheimnis, dass viel mehr Ersatzgeld als Bargeld in Umlauf ist. Somit könnten Banken gar nicht alle Kontostände auf einmal in bar einlösen.

Eric Cantona will „das System“ stürzen

Fußballstar Eric Cantona rief im Jahr 2010 auf, dieses Missverhältnis durch Massenabhebungen offenzulegen, um „das System“ zu stürzen. Wenige sind seinem Aufruf gefolgt. Doch was wäre wenn? Im Hollywood-Klassiker „Ist das Leben nicht schön“ versucht James Stewart als Chef einer Kreditgenossenschaft in der Großen Depression seiner panisch abhebewilligen Kundschaft zu erklären, dass ihr Geld in den Krediten für die Häuser ihrer Nachbarn und Verwandten steckt. Müsste er alle Kontoguthaben sofort und samt und sonders in bar auszahlen, müsste er deren Kredite alle fällig stellen und sie ins Unglück stürzen.

Im Film überzeugt das die Kundschaft. Ein zeitgenössischer Bankvorstand müsste es ähnlich erklären, würde aber vor allem die gesetzliche Einlagenversicherung in Erinnerung rufen, und im Notfall die Zentralbank um einen Bar-Kredit bitten, und so den Ansturm bewältigen. Was Hörmann, Cantona und Co. als betrügerische Praxis erscheint, beruht auf der Verwechslung von Banken mit Sparschweinen: Anders als Tresore oder Sparbüchsen sind Banken keine reinen Bargeld-Aufbewahrungsstellen.

Banken sind Kreditinstitute, die nicht einfach auf Bargeld sitzen, sondern erhaltene Bareinzahlungen für Auszahlungen, Kredite und Investitionen an anderer Stelle verwenden. Sie geben und nehmen Zahlungsversprechen. So erwirtschaften sie Erträge, die in guten Zeiten auch Zinsen für Spar- und Kontoguthaben abwerfen. Barvorräte halten Banken in der Regel nur in dem Ausmaß, das erforderlich ist, um die erfahrungsgemäß üblichen Abhebungen der Kundschaft bequem bedienen zu können. So kann ein moderner Massenzahlungsverkehr

bewältigt werden, ohne dass ständig Koffer voller Bargeld durch die Straßen getragen werden müssen.

Vivienne Westwood über die Weltherrscher

Banken können also Ersatz-Geld erzeugen und sich mit Hilfe der Zentralbank vor der praktischen Kritik der Mas-

senabhebungen schützen. Solche Macht beflügelt vielerorts die Fantasie. Banken und Zentralbanken seien die heimlichen Weltherrscher, so Punk-Ikone und Modedesignerin Vivienne Westwood bei ihrem TEDx Vortrag in Wien 2014 am Rande des Life Ball. Sie schöpfen Geld und verleihen es gegen Zinsen. Die ganze restliche Welt werde durch sie zum Schuldnerdasein gezwungen, Wirtschaftswachstum und Raubbau an der Umwelt in Gang gesetzt, bloß damit die (Zentral)banken ihre Zinsen kriegen, so Westwood. Laut Vivienne Westwood ist es der Plan der Banker und Zentralbanker, mit dem Kreditsystem am Ende ALLES in ihren Besitz zu bringen. Mit Krediten kommt (Ersatz-)Geld in

VERWECHSLUNG VON BANKEN MIT SPAR-SCHWEINEN

Umlauf. Bei Zahlungsausfall kassieren Banken die Sicherheiten (Häuser, Wertgegenstände etc.), die die SchuldnerInnen bei der Kreditaufnahme stellen mussten. Dieser Zahlungsausfall sei unausweichlich, so eine daran anschließende Befürchtung, weil systematisch produziert: (Ersatz-)Geld wird über Kredite der Banken in Umlauf gebracht, zurückverlangt werden aber in Umlauf gebrachtes Geld PLUS ZINSEN. Wenn die Bank Hundert Euro Kredit gibt, und zehn Euro Zinsen verlangt, muss der Schuldner 110 Euro zurückzahlen – woher nehmen?

Aber Geld wird nicht bloß ausgeliehen, um es im nächsten Schritt wieder zurückzuzahlen. Wer sich verschuldet, muss in der Regel nachweisen, dass er das Geld erfolgreich investieren oder aus anderen Quellen mit künftigem Einkommen rechnen kann, so dass die Rückzahlung möglich wird. Eine Bank kann nicht Schulden „erzeugen“, ohne dass irgendjemand einen Kredit ha-

ben will und sich als kreditwürdig erweist. Dass mehr zurückverlangt wird als ausgegeben wird, ist kein grundsätzliches Problem, weil jeder Geldbetrag im Zuge des Wirtschaftskreislaufs mehrfach die Hände wechselt. Einkommen in der Wirtschaft entstehen, weil Geld zwischen dem Zeitpunkt der Kreditvergabe und der Kreditrückzahlung zirkuliert. Die Zinsen, die die Bank von einem Schuldner erhält, fließen wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück, weil die Bank damit u. a. Bankangestellte, -aktionärInnen und SparkundInnen bezahlt, die dieses Geld wiederum ausgeben können und es damit den nächsten erlauben, ihre Rechnungen zu begleichen.

Spektakuläre Gewinne – und spektakuläre Pleiten

Freilich halten nicht immer alle Rückzahlungsversprechen: Geschäfte erweisen sich mitunter als nicht so profitabel wie erhofft, und erwartetes künftiges Einkommen kann ausbleiben. Dann gibt es Probleme bei der Kreditrückzahlung – aber das ist nicht das systematische Ziel der Kreditinstitute, sondern ein Unfall, der auch diese in Bedrängnis bringen kann. Banken haben kein systematisches Interesse daran, einen Kredit an Leute zu vergeben, die ihn nicht zurückzahlen können (außer sie können 100 Prozent des Kreditausfallsrisikos weiterverkaufen und damit abwälzen, was aber selbst im skandalösen Vorfeld der Subprime-Finanzkrise kaum einer Bank gelungen ist). Zwar fallen dann vom Schuldner gestellte Sicherheiten an die Bank. Aber keine Bank freut sich, plötzlich Eigentümerin von ganzen Straßenzügen unverkäuflicher Häuser oder Maschinenparks zu werden, wenn in einer Krise massenweise Schuldner zahlungsunfähig werden.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem gibt es viele Krisen und Ungerechtigkeiten. Wie die Bankenkrise und die vielen Bankenskandale der letzten Zeit gezeigt haben, spielen Banken eine wichtige Rolle in der Wirtschaft, die für spektakuläre Gewinne ebenso wie für spektakuläre Pleiten gut sind. Doch auch wenn sich Überschuldung für Betroffene wie ein Fluch anfühlt und Betrug auch im Kreditgeschäft vorkommt, ist das Geld kein Instrument einer Weltverschwörung böser Zauberer im Nadelstreif.

MINDESTSICHERUNG

In die Irre geführt

In Oberösterreich hat die schwarzblaue Landesregierung die Mindestsicherung für Asylberechtigte brutal auf 560 Euro gekürzt. Auf die Frage, wie die Menschen davon existieren sollen, verwiesen Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und die ÖVP-Landespartei kühl auf Studierende. Auch diese würden ohne große Probleme mit wenig Geld auskommen. Wir haben recherchiert, was an dieser Behauptung dran ist.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Mindestsicherung – Vorgeschichte und Diskussion

Sie wurde 2010 nach jahrelangen Diskussionen von SPÖ und ÖVP beschlossen: die Mindestsicherung. Ihre Höhe orientierte sich an der Ausgleichszulage der Pensionsversicherung. Es wurde angenommen, dass das ein Betrag ist, der ein würdevolles Leben ermöglicht.

Aus der ursprünglich angedachten 14-maligen Auszahlung der Mindestsicherung pro Jahr wurde allerdings schlussendlich nur eine 12-malige Auszahlung, ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Nur Oberösterreich scherte in dieser Frage aus und legte fest, dass Betroffene die Mindest-



Mitterlehner, Pröll, Pühringer und Haibuchner sind für die Kürzung der Mindestsicherung auf 560 Euro. Sie verdienen im Durchschnitt 17.590 Euro brutto im Monat, 14-mal im Jahr. Das sind 684 Euro am Tag!

Auf die Frage, wie betroffene Asyl- und Schutzberechtigte von den 560 Euro leben sollen, auf die die Mindestsicherung in Oberösterreich radikal gekürzt wurde, antworten sowohl Vizekanzler Mitterlehner als auch die ÖVP-OÖ mit dem Verweis auf Studierende. Diese würden ohne große Probleme mit wenig Geld

auskommen, so die Behauptung. Was ist an dieser Behauptung dran?

Hier der Faktencheck auf Basis des von Vizekanzler und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner selbst kürzlich herausgegebenen Berichts zur sozialen Lage von Studierenden:

sicherung 13 Mal pro Jahr bekommen sollten, aufgeteilt auf 12 Auszahlungstermine.

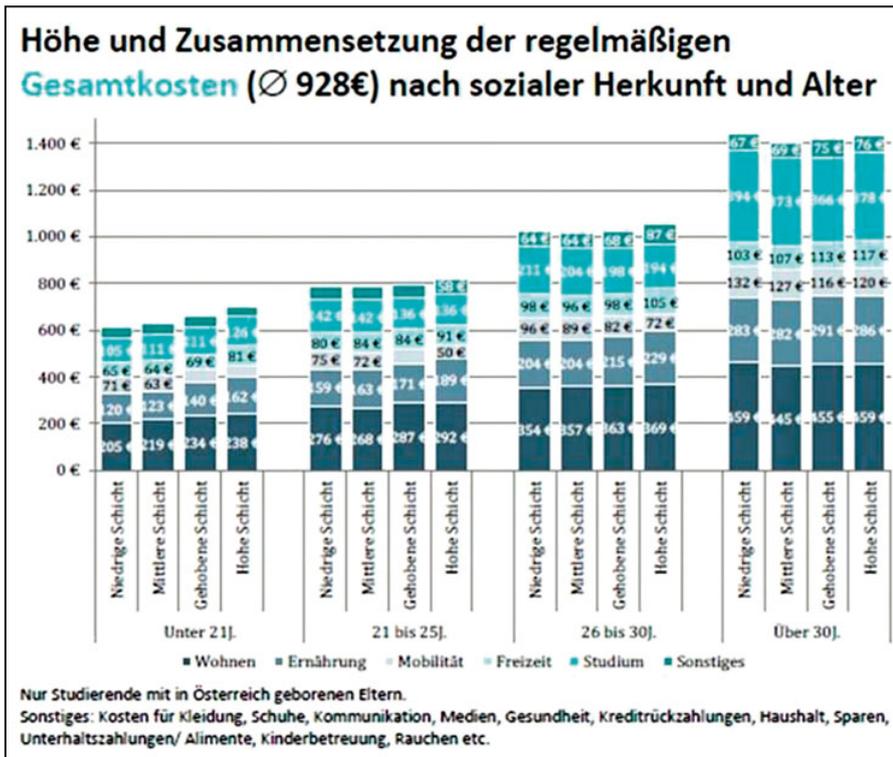
Daher ist Oberösterreich das einzige Bundesland, das für Einzelpersonen monatlich bis zu 914 Euro Mindestsicherung auszahlt. In allen anderen Bundesländern sind es zwischen 830 und 840 Euro.

In der Mindestsicherung enthalten sind ein Betrag zur Deckung des Lebensunterhalts und ein Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs. In Tirol und Vorarlberg wird nur der Betrag zur Deckung des Lebensunterhalts direkt an die Betroffenen aus-

gezahlt, beim Wohnbedarf wird die Sachleistung übernommen, also die tatsächlich anfallende Miete bezahlt.

Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren von Seiten der Bundes-ÖVP Kritik an der Mindestsicherung laut. Seit Anfang 2016 gibt es konkrete Bestrebungen die Mindestsicherung zu kürzen.

In den Bundesländern Niederösterreich, Burgenland, Salzburg und der Steiermark wurden subsidiär Schutzberechtigte inzwischen von der Mindestsicherung ausgeschlossen. Subsidiär



Die durchschnittlichen Kosten von Studierenden sind deutlich höher als von ÖVP-PolitikerInnen angegeben

- während die Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte in Oberösterreich auf 560 Euro heruntergekürzt wurde und der reguläre Mindestsicherungssatz 914 Euro beträgt, betragen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben von Studierenden 928 Euro im Monat - zu berücksichtigen sind hier auf der einen Seite zusätzliche Kosten für Studierende, wie etwa Studiengebühren, und auf der anderen Seite günstigere Wohnmöglichkeiten für Studierende, etwa bei den Eltern oder im Studierendenheim.
- die obige Grafik zeigt, dass auch bei sehr jungen (unter 21-jährigen) Studierenden, die relativ oft bei Eltern oder in Studierendenwohnheimen wohnen und daher vergleichsweise weniger fürs Wohnen ausgeben müssen, die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben zwischen 600 und 700 Euro betragen.
- 1.130 Euro im Monat beträgt das durchschnittliche Gesamtbudget, das einer/einem österreichischen Studierenden zur Verfügung steht.
- der Verweis von Mitterlehner und der ÖVP-Oberösterreich auf die Angaben auf der Webseite der Uni Linz, wonach ausländische Studierende in Linz mit monatlichen Kosten zwischen 550 und 700 Euro zu rechnen hätten, ist ebenfalls irreführend. Diese Angaben beziehen sich laut Auskunft der Uni Linz ausschließlich auf Studierende, die nur für maximal ein Semester kommen und mit diesem Geld lediglich die Kosten für Studierendenwohnheim, Verpflegung und kleinere Alltagsausgaben bewältigen müssen, aber keine Einrichtungsgegenstände, Kleidung oder Geräte bezahlen oder sich eine Wohnung bzw. ein Zimmer am regulären Wohnungsmarkt suchen und eventuell sogar Kautions bezahlen müssen.
- dazu eine weitere wichtige Zahl: aus dem Ausland kommende Studierende über 24 Jahre müssen, um eine Aufenthaltserlaubnis in Österreich zu erhalten, ein monatlich verfügbares Geld von 872,31 Euro nachweisen.

Grafik: SOS-Mitmenschen

Schutzberechtigte sind Personen, die zwar keinen Asylstatus erhalten haben, aber dennoch als schutzwürdig erachtet werden, weil ihnen in ihrem Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben droht.

In Oberösterreich hat die Landesregierung, unterstützt von der Bundes-FPÖ und Teilen der Bundes-ÖVP, auch anerkannte Flüchtlinge von der regulären Mindestsicherung ausgeschlossen. Einzelpersonen erhalten nunmehr statt 914 Euro maximal 560 Euro. Der Betrag, der als Minimum für ein würdevolles Leben festgelegt wurde, wird damit weit unterschritten.

Darüber hinaus wollen ÖVP und FPÖ sowohl in einigen Bundesländern als auch im Bund eine Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkindfamilien. Maximal 1.500 Euro im Monat soll eine Familie aus den Mitteln der Mindestsicherung erhalten können. Für mittellose Familien mit mehr als zwei Kindern und keinem oder nur einem geringen Einkommen würde das erhebliche Einbußen bedeuten.

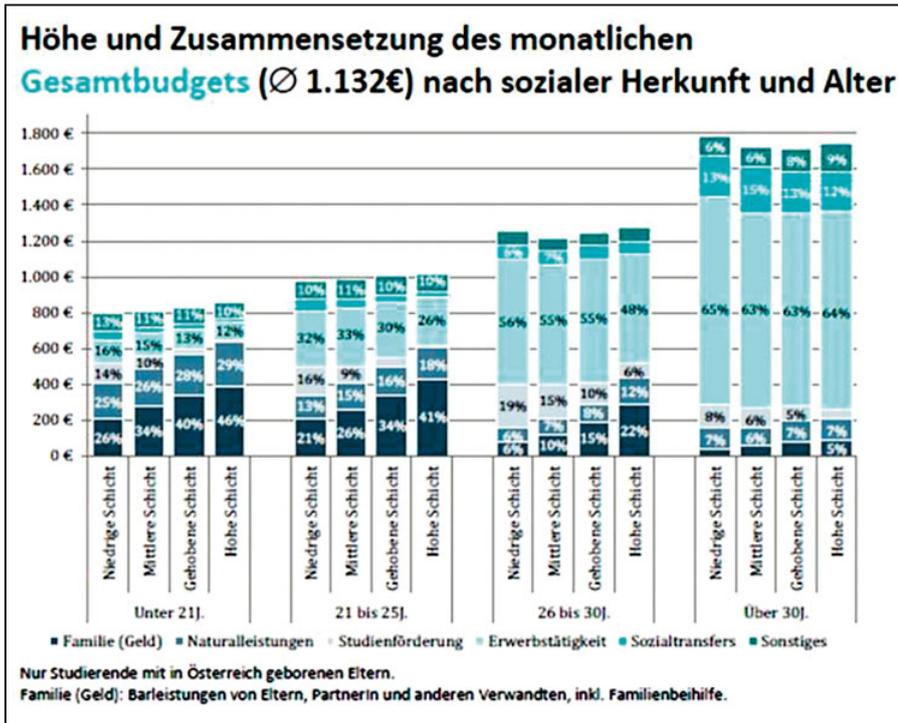
Noch ist die Bundes-SPÖ nicht bereit, der Deckelung der Mindestsicherung für Familien zuzustimmen. Auch die Bundesländer sind diesbezüglich gespalten. Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten und

Wien haben sich bisher gegen eine Deckelung ausgesprochen. Das Burgenland unter SPÖ-Landeshauptmann Niessl ist hingegen für Einschnitte offen, insbesondere, wenn sie Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft treffen.

Bis spätestens Ende 2016 muss eine neue Bund-Länder-Vereinbarung zur Mindestsicherung ausgehandelt werden, sonst droht dieses wichtige Standbein des österreichischen Sozialstaates zu kippen – mit fatalen Folgen sowohl für die unmittelbar Betroffenen als auch für ganz Österreich.



SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak überreicht Petition gegen Mindestsicherungskürzung an den oberösterreichischen Landtagspräsidenten Viktor Sigl (ÖVP).



Das durchschnittliche Gesamtbudget von Studierenden liegt bei 1.132 Euro

- die durchschnittlichen Wohnkosten für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, betragen in Linz 397 Euro. Selbst Studierende, die in Wohngemeinschaften leben, müssen durchschnittlich 317 Euro im Monat zahlen.
- das alles heißt nicht, dass es Studierende leicht haben - im Gegenteil, viele müssen neben dem Studium arbeiten, um über die Runden zu kommen.
- einem anerkannten Flüchtling, der, wie von Mitterlehner und der ÖVP Oberösterreich vorgeschlagen, aus der bisherigen Wohnung auszieht und in eine Wohngemeinschaft einzieht, blieben im Regelfall also nur etwa 240 Euro im Monat – sprich 8 Euro am Tag – übrig, um für sämtliche über die Miete hinausgehenden Lebenshaltungskosten, wie Essen, Hygieneartikel, Telefonkosten, Mobilitätskosten, Kleidung, Einrichtungsgegenstände, etc. aufzukommen. Von Freizeitaktivitäten gar nicht zu sprechen.
- nicht ohne Grund wurde die Mindestsicherung, also der Mindestbetrag, der gerade noch ein würdevolles Leben ermö-

glicht, in allen Bundesländern nicht mit 560 Euro, sondern, je nach Bundesland, zwischen 828 Euro (Burgenland) und 914 Euro (Oberösterreich) festgelegt. In Tirol und Vorarlberg werden sogar die tatsächlichen Wohnkosten von der Mindestsicherung abgedeckt.

- der volle Mindestsicherungsbetrag wird ausschließlich an mittellose, arbeitswillige Menschen ausbezahlt - im Regelfall übrigens 12mal im Jahr und nicht, wie etwa eine Pension (die auch sehr niedrig sein kann) 14mal im Jahr.
- In Oberösterreich erhalten Asyl- und Schutzberechtigte, die mittellos und arbeitswillig sind, aber keinen Job haben, durch die Kürzung der Mindestsicherung nun von einem Tag auf den anderen um fast 40 Prozent weniger Unterstützungsleistung. Die Betroffenen werden eiskalt in tiefe existentielle Nöte gestürzt. Und sie werden in zynischer Manier gegen andere Armutsbetroffene und gegen Studierende ausgespielt.

SOS Mitmensch hat sich gemeinsam mit vielen anderen gegen diese Politik der sozialen Spaltung und der Erzeugung tiefer Armut eingesetzt. Noch vor der Abstimmung des oberösterreichischen Landtages, wo die Kürzung schlussendlich mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen wurde, hat die Menschenrechtsorganisation eine Petition mit mehr als 6.800 Unterschriften an den Landtagspräsidenten überreicht.

Die Wohnkosten sind auch in Wohngemeinschaften hoch.

	Durchschnittliche Wohnkosten nach Wohnform und Hochschulstandort				Ø Kosten
	Wohnheim	Wohngemeinschaft	Einzelhaushalt	Haushalt mit PartnerIn	
Wien	327 €	355 €	458 €	429 €	402 €
Graz	290 €	318 €	426 €	384 €	360 €
Salzburg	310 €	343 €	458 €	406 €	382 €
Linz	299 €	317 €	466 €	414 €	397 €
Innsbruck	308 €	350 €	444 €	402 €	375 €
Klagenfurt	284 €	294 €	392 €	390 €	363 €
Leoben	275 €	281 €	349 €	333 €	304 €
Kleinere HS-Standorte	309 €	336 €	477 €	441 €	411 €
Gesamt	311 €	344 €	450 €	416 €	389 €

Exkl. Studierende, die bei ihren Eltern wohnen.

POPULÄR GESEHEN

Bist Du neidisch aufs Notquartier?

Es geht uns gar nicht darum, was andere haben.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Bist Du neidisch auf Mindestsicherung? Bist Du neidisch auf Übernachten im Notquartier? Bist Du neidisch aufs Handy vom Flüchtling? Ist es richtig, dass der Neid ein Gefühl ist, das uns erfasst, wenn wir beobachten müssen, dass jemand Anderer etwas Großes, Schönes, Bedeutendes besitzt, das wir selbst gerne hätten? Nein, antwortet der Philosoph Robert Pfaller. Erstens geht es beim Neid nicht um etwas Großes, Schönes, Bedeutendes. Zweitens geht es nicht darum, dass wir es bekommen, sondern darum, dass der Andere es gar nicht besitzen sollte, und drittens wollen wir selbst es gar nicht haben.

Aber der Reihe nach. Der Neid trifft das Nahe, Ähnliche, Winzige, die kleine Abweichung. Das Auto des Nachbarn, das Engagement der Kollegin, das Handy nebenan. Nicht der viel Reichere wird von mir beneidet, sondern wie auch schon Aristoteles vor über 2000 Jahren bemerkte, der Vergleichbare. Wer einige Euro mehr oder weniger hat, treibt mich zur Weißglut, nicht die Millionen in den Steueroasen. Der Neid ist ein Phänomen der Nähe und der feinen Unterschiede.

Zweitens geht es darum, dass es der Andere nicht hat. Bekomme ich das, was ich dem anderen neide, bin ich überhaupt nicht zufrieden, dann such ich ein weiteres noch kleineres Detail, das ich dem anderen missgönne. Neide ich dem Nachbarn sein Auto, weil es eine so schöne Farbe hat, und würde ich mir dann das gleiche Auto mit selber Farbe zulegen,



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

wäre ich zufrieden? Nein, eine neue kleine störende Differenz wäre da, z.B das coole Autoradio. Die Unzufriedenheit geht erst dann weg, wenn jemand in das parkende Auto rast und es Totalschaden hat. Der Neid möchte in letzter Konsequenz die Vernichtung des beneideten Objekts.

Wir wollen das, worum wir den Anderen beneiden, selbst gar nicht haben. Würde der, der die Mindestsicherungsbeziehlerin ob ihres angeblich schönen Lebens beneidet, selber mit der Armutsbetroffenen tauschen? Nein. Er würde sagen, so hat er das auch wieder nicht gemeint. Aber die Mindestsicherung soll gekürzt werden.

Der Neid ist gesellschaftlich entsolidarisierend, ein Gift, das Leute mit ähnlichen Interessen spaltet. Bei einer Auseinandersetzung um besseres Gehalt in einem englischen Unternehmen verzichteten Arbeiter auf einen Teil der Lohnerhöhung, um zu verhindern, dass eine rivalisierende Gruppe ihnen gleichgestellt wird. Oder in Niederösterreich wurde die Mindestsicherung für Flüchtlinge gestrichen, gleichzeitig aber auch die Wohnbeihilfe für Menschen mit Behinderungen gekürzt. Man schaut auf den anderen, dabei wird es einem egal, dass es einem schlechter geht, man wehrt sich auch nicht mehr dagegen. Der Neid ist der Feind des Miteinander und der Freund der Unterdrücker. Diese Verblendung, dass der Neider lieber selbst auf etwas verzichtet, als es dem Beneideten zu gönnen, schadet ihm selbst und nützt den weit Mächtigeren.

SONDERECHE

Erdogan-Demos

Als mir mein Schwager auf einer Familienfeier Rechtsstaatlichkeit erklärte.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Familienfeier im Grünen. Es ist Anfang August. Thema Nummer eins: Der Putsch in der Türkei und die Demos der Austrotürken. Mein Schwager Thomas erklärt mir Rechtsstaatlichkeit: „Du parkst dein Auto falsch. Die schleppen dich ab. Das kostet und die Fahrt mit dem Bus zur Abschleppstelle zieht sich hin. Aber deinen Wagen behandeln die wie ein rohes Ei. Da wirst du keinen Kratzer finden. Das ist nicht selbstverständlich. Man könnte ja auch sagen; selber schuld, dass der Spiegel jetzt ab ist. Hättest du nicht falsch geparkt.“

Das ist Rechtsstaat. Der Staat kann Rechte von Menschen nicht ohne triftigen Grund beschränken. Selbst wenn sie sich etwas zu Schulden kommen haben lassen. Wie für das Eigentum einer Falschparkerin gilt das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit auch für die Versammlungsfreiheit. Das Recht, friedlich für eine Sache auf die Straße zu gehen, darf nur aus guten Gründen eingeschränkt werden.

Justizminister Wolfgang Brandstetter will nach den jüngsten Demos von Austrotürken schärfer gegen spontane Versammlungen vorgehen. Doch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ist beim Versammlungsrecht sehr streng. Eine Anzeigepflicht akzeptiert er nur, damit sich die Polizei vorbereiten kann. Kein legitimer Grund für eine Anzeigepflicht wäre hingegen der Wunsch, Kundgebungen für ausländische Staatschefs unterbinden zu können. Ein unvorhersehbarer Anlass recht-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

fertigt auch spontane, unangemeldete Versammlungen, sagt der EGMR. TeilnehmerInnen einer solchen Demonstration sollen nicht bestraft werden. Selbst wenn jemand eine Kundgebung absichtlich nicht anzeigt, verwirkt sie nicht ihr Recht auf eine friedliche Versammlung. Die Auflösung einer Demonstration aus diesem Grunde wäre staatliche Willkür. Selbst wenn Einzelne aus einer Versammlung heraus Straftaten begehen - zum Beispiel sich vermummen, Sachen beschädigen oder Personen verletzen - selbst dann muss die Polizei zunächst versuchen gegen die Normverstöße vorzugehen, während sie das Versammlungsrecht der friedlichen TeilnehmerInnen schützt. Denn die RichterInnen in Straßburg wissen wie leicht ansonsten ein paar *Agents Provocateurs* die Versammlungsfreiheit friedlicher DemonstrantInnen aushebeln könnten. Nur wenn die öffentliche Sicherheit nicht anders gewährleistet werden kann, ist die Polizei befugt, Kundgebungen als ultima ratio aufzulösen.

Justizminister Brandstetter und die ÖVP wollen den Einfluss des türkischen Regimes in Österreich einschränken. Das wurde schon beim Beschluss des Islamgesetzes deutlich. Die Beteuerung, es gehe dabei um die Verteidigung von „Er rungenschaften und Grundsätzen unseres Rechtsstaates“ wirkt reichlich skurril. Immerhin soll an den Eckpfeilern des europäischen Grundrechtskatalogs gesägt werden.

Auf dem rechten Auge blind

Das Attentat eines Rechts extremen in München erzeugt nicht so ein großes Echo wie der Terror.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Ein junger Mann geht in ein Einkaufszentrum in München und erschießt neun Menschen, größtenteils Jugendliche. Danach streitet er auf einem Parkdeck mit einem Anrainer, der ihn vom Balkon aus beschimpft. Die Bezeichnung „Scheiss Türken“ fällt – es sind die Worte des 18-jährigen Täters, der später als David S. identifiziert wird. Er ruft auch noch, dass er Deutscher ist. Bereits ein, zwei Tage nach dem Attentat ist klar, dass David S. über ein gefälschtes Facebook-Profil unter einem türkischen Namen, versucht hat, Leute ins Einkaufszentrum zu locken. David S. tötete neun Menschen mit Migrationshintergrund auf den Tag genau fünf Jahre nachdem der Rechtsextremist Anders Breivik in Norwegen 77 Menschen das Leben nahm. Wie Medien schon bald nach der Tat berichteten, soll der 18-Jährige in der Schule Probleme mit TürkInnen, mit „AusländerInnen“ und Hass auf sie gehabt haben. Und trotzdem fiel das Wort Rechtsextremismus nachdem man wusste, dass David S. Wurzeln im Iran hat, nicht mehr. Als die Frankfurter Allgemeine Zeitung fünf Tage nach dem Attentat einen Bericht mit dem Titel „F.A.Z. exklusiv. Amokläufer von München war Rechtsextremist“ veröffentlichte, wurde er in meiner Facebook-Timeline vielfach geteilt und als neuer Aspekt in einer umfangreichen Berichterstattung präsentiert. Manchen fiel es wie Schuppen von den Augen: David S. war rechtsextrem. Welchen anderen Schluss

hätte man aus den Fakten, die wir schon kannten, ziehen sollen? Warum fiel es so schwer die zahlreichen Hinweise darauf zu erkennen? Natürlich trägt auch die Tatsache, dass David S. Eltern aus dem Iran stammen, einiges dazu bei. Dass es auch unter MigrantInnen rechtsextrêmes Gedankengut gibt, ist für viele schwer zu begreifen. Das zeigt der Umgang mit diesem Massaker. Die Geschehnisse in München werden mitunter in einer Reihe mit den islamistischen Terrorakten in Paris, Brüssel und Nizza erwähnt. Und während nach diesen Anschlägen die Ursachen, Prävention und Sicherheitsfragen diskutiert werden, erzeugte der Anschlag in München weniger Echo. Medien und Politik müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, nach dem Attentat nicht die richtigen Fragen gestellt zu haben. Wo sind sie – die Diskussionsendungen über rechten Terror? Wo wird debattiert, was der Staat, die Zivilgesellschaft, LehrerInnen, Eltern und Medien gegen Rechtsextremismus tun müssen? Wer debattiert, wie Minderheiten vor rechtem Terror zu schützen sind? Wann wird Präventionsarbeit diskutiert, um die Radikalisierung gestrandeter junger Menschen zu verhindern? Die Opfer von David S. und ihre Angehörigen haben es verdient, dass wir diese Fragen stellen und aufhören, uns blind zu stellen.

Community News

Muslimische Communities helfen oft unbürokratisch und arbeiten zumeist abseits der Öffentlichkeit an der Integration von Flüchtlingen. Sie sind eine wichtige Schnittstelle innerhalb der Gesellschaft. Was aber tut sich hier?

TEXT: IBRAHIM YAVUZ

IGGiÖ

Es gibt einen neuen Präsidenten! Die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) hat einen neuen Chef. Das war auch allerhöchste Zeit, denn der bisherige, Fuat Sanac, hat seine Amtsperiode längst überschritten und ist wegen des Islamgesetzes, das er mit zu verantworten hat, intern stark in die Kritik geraten. Genau dieses Islamgesetz hatte Neuwahlen erschwert. Muslime fühlen sich durch das neue Gesetz benachteiligt, da allein im Vergleich zu anderen Gesetzesinitiativen bezüglich einer Religionsgesellschaft Ungleichheiten bestehen. Das diskriminierende Gesetz, das von Fuat Sanac unter Ausschluss aller Gremien und der muslimischen Öffentlichkeit mit Minister Sebastian Kurz und dem Kultusministerium ausverhandelt wurde, stellt die gesamte Struktur der IGGiÖ auf den Kopf. Die nach Bundesländern geordneten Religionsgemeinden müssen aufgelöst werden. Das ist eine der ersten Konsequenzen des Gesetzes. Dadurch entstehen auch neue Gremien, Posten und Funktionen, deren Bezahlung im Gesetz mit keinem Wort erwähnt werden.

Der Neue

Der in Österreich geborene Theologe Ibrahim Olgun (28) ist jung, ein unbeschriebenes Blatt und war stellvertretender Leiter des Schulamts für die IGGiÖ in Wien. Viele hoffen auf einen frischen Wind mit ihm. Seine schwierige Aufgabe wird nun sein, strukturelle Änderungen anzugehen. In der alten Struktur und unter Sanac hat die IGGiÖ nicht alle MuslimInnen in Österreich

unabhängig von ihrer Glaubensrichtung vertreten. Das wäre aber ihr gesetzlicher Auftrag. Wie läuft das z.B. bei einer vergleichbaren Vertretung ab, der Israelitischen Kultusgemeinde? Um eine gemeinsame Basis zu stiften wird Mitgliedern der IKG die Mitgliedszeitschrift „Gemeinde Insider“ zugesandt, es gibt zahlreiche Aktivitäten der Gemeinde, um in Kontakt zu kommen, und Mitgliedsbeiträge. Die IGGiÖ hingegen ist ein leeres Haus. Das religiöse und kulturelle Leben der Menschen spielt sich in ihren Moscheegemeinden ab. Von der Existenz der IGGiÖ wissen die meisten nur auf dem Papier. Bisher war das auch nicht so wichtig. Aber in den letzten Jahren rückten die MuslimInnen in den Fokus der Öffentlichkeit und Viele wären dankbar für eine aktivere politische Vertretung. Eine Repräsentation hinsichtlich ihrer religiösen Angelegenheiten wäre wichtiger denn je. Das sollte aber in Form einer breiten demokratischen Selbstorganisation stattfinden. Die IGGiÖ wäre der Ort dafür. Wäre.

Wahl 2.0

Auch bei relevanten politischen Ereignissen vermisst man die Stimme der IGGiÖ. In Österreich müssen im November die Wahlen zum Bundespräsidenten wiederholt werden, aber schon im ersten Wahlgang vermisste man eine Stellungnahme der Muslimvertreter. Die IGGiÖ als politische Vertretung hatte es offenbar im Tumult der eigenen Wahlen und Umstrukturierungen nicht geschafft, sich zur Wahl zu äußern. Wird es diesmal klappen? Ist das überhaupt

ein Anliegen der IGGiÖ, als die Vertretung einer Minderheitenreligion, einen national ausgerichteten Bundespräsidenten zu verhindern? Ibrahim Olgun, der „sich in Österreich als Muslim zu Hause“ fühlt und als „Brückenbauer“ fungieren möchte, könnte mit einer Wahlempfehlung den ersten positiven Eindruck bei vielen Menschen in der muslimischen Community bewirken.

Geheimdienstler in Kriminalität verwickelt

Seit einiger Zeit hört und liest man vermehrt, dass es wieder zu Überfällen auf Moscheen kommt. Was aber im Juli bei den Ermittlungen herauskam, scheint doch sehr neu zu sein: Ein Geheimdienstler, also ein Mitarbeiter des Abwehramts, gehört laut ORF zu den Strippenziehern einer Schmieraktion, bei der auch Schweineköpfe vor einer Moschee in Linz deponiert wurden. Falls sich das bestätigt, muss es Konsequenzen geben.

Ramadan im Jahr 1437

MuslimInnen auf der ganzen Welt, so auch in Österreich, haben den heiligen Monat Ramadan empfangen. Dabei handelt es sich um jene Fastenzeit, in der man der Herabsendung des Korans gedenkt. In diesem Jahr wurde fast den gesamten Juni gefastet, um anschließend das Fest des Ramadan im Juli zu feiern. Wie auch im vergangenen Jahr luden zahlreiche Moscheen und Vereine in Wien und im Umland zu sogenannten Iftar-Empfängen, also dem Fastenbrechen, ein. Den Ramadan nahmen viele auch als schöne Gelegenheit wahr, mit muslimischen Asylsuchenden zu kochen und zu speisen.

SPOTLIGHT

Schlafen im öffentlichen Raum: verboten

Rafaela ist vor neun Jahren nach Österreich gekommen. Sie möchte hier arbeiten, doch es kommt alles anders.

TEXT: TERESA WAILZER

Rafaela ist in Wien zuhause. Vor neun Jahren ist sie nach Österreich gekommen um Arbeit zu finden. Vor einigen Wochen erlebte Rafaela eine nächtliche Polizeikontrolle im Park.

Die 33-jährige Frau war wieder einmal obdachlos geworden und musste im Park nächtigen. In Österreich hat Rafaela Straßenzeitungen verkauft und verschiedene Jobs angenommen. „Am besten war es als Küchenhilfe“, sagt sie „da habe ich etwas gelernt, Geld verdient und hatte eine eigene Wohnung.“ Doch sie wurde Opfer eines Betrügers, sie erhielt vom „Vermieter“ keinen gültigen Mietvertrag, konnte die monatlichen Zahlungen in bar nicht nachweisen und wurde delogiert. Sie verlor den Job und belegte über das AMS einen Deutschkurs. Die Frau geht gerne in den Deutschkurs, in dieser Zeit kann sie allerdings keiner Arbeit nachgehen. Zuerst übernachtete Rafaela bei Bekannten, die die Briefe von Inkassobüros und Magistraten, die Rafaela erhielt, allerdings zunehmend beunruhigten. So kam es, das Rafaela in den Park ausweichen musste. In einer Nacht kam eine weitere Anzeige dazu. „Polizeikontrolle!“ „Campieren im öffentlichen Raum ist in Österreich verboten“, hieß es, als Polizisten acht Personen in einem aus Decken gebauten Häuschen auffanden. Mit einem Aufgebot von rund 20 Polizisten wurden die Ausweise kontrolliert. Rafaela spricht gut Deutsch und versuchte den Polizisten



Obdachlos und von der Polizei ausgelacht. Überforderte BeamtInnen?

die Situation zu erklären: dass sie keinen Platz zum Schlafen hat, dass sie durch den Deutschkurs noch schwieriger Arbeit findet, dass die anderen Personen aus ähnlichen Gründen hier sind. Die anderen hatte sie gerade im Park kennengelernt. Die Exekutivbeamten interessierte das wenig. Sie bezeichneten Rafaela als „Anführerin“, vermutlich aufgrund ihres gepflegten Aussehens und ihrer guten Deutsch-Kenntnisse. Eine Polizistin entriss Rafaela ihre Handtasche, entnahm ihre Geldbörse und behielt das Geld im Wert von 328 Euro ein.

Bargeld eingezogen

Rafaela hatte das Geld gespart, um es ihrem Kind nach Rumänien zu schicken. Rafaela kennt die Gesetze. Sie selbst hat im Rahmen eines Projekts, Goldenes Wiener Herz, PassantInnen erklärt, wie die Gesetzeslage in

Wien aussieht. „Die Polizei darf mir das Geld nicht einfach wegnehmen“, wiederholt sie. „Auch wenn ich weiß, dass ich nicht draußen schlafen darf. Aber dann bekomme ich eine Strafe, das wäre normal.“ Ein Polizist sagte, sie bekomme das Geld zurück wenn das „Häuschen“ abgebaut ist. „Doch die Polizisten haben gelogen, wir haben alles weggeräumt und dann haben sie alle über uns gelacht“, erzählt Rafaela ein wenig verstört. Danach drückte die Exekutive jedem/jeder Person einen Strafzettel wegen illegalen Campierens in die Hand. Mit den Worten, ihr Geld reiche für alle, die „Anführerin“ sol-

le für alle und sofort bezahlen. Rafaela beschreibt eine Art Panik, die in ihr aufkam, sie erinnert sich, dass sie zweimal mit dem Pfefferspray bedroht wurde und dass der Polizeieinsatz von 22 Uhr bis 4 Uhr oder 5 Uhr in der Früh gedauert hat. Gegen Ende meinte einer der Polizisten, dass die Menschen entweder zum Westbahnhof oder gleich nach Rumänien gehen sollen. Aber Rafaela fühlt sich in Wien zuhause. Zurzeit wohnt Rafaela bei einer anderen Bekannten und freut sich schon, wenn der Deutschkurs zu Ende ist. Abends und Samstags verkauft sie Straßenzeitungen. „Wenn ich dann eine gute Arbeit habe, dann kann ich endlich mit meinem Kind gemeinsam in einer kleinen Wohnung in Ruhe leben. Wenn wir gesund sind, mein Kind hier zur Schule geht und ich Arbeit finde. Ja, das wäre mein Traum.“

POPULÄRKULTUR

BUCH



Ungehörte Stimmen

Diese Publikation bietet einen guten Überblick über die „Spannungsfelder“ zwischen Feminismus und Postkolonialismus. Es wird deutlich, mit welchem Duktus der Westen auf den „Rest der Welt“ schaut, ihn positioniert und entmündigt, in-

dem man für ihn/alle spricht. Im klassischen orientalistischem Sinne werden Bilder projiziert: „Das Bild der unterdrückten anderen Frau konnte erhalten für die Legitimierung imperialistischer Politik, heute jedoch wird es anders eingesetzt, nämlich als Legitimation restriktiver Migrationspolitiken.“ Muslimische Frauen stehen dabei oftmals im Fokus, weil ihnen jegliche Handlungsfähigkeit abgesprochen wird. Eigenständigkeit und freie Meinungsäußerung, damit werden muslimische Frauen selten in Verbindung gebracht. Leider wird auch heute in Europa meist immer noch *über* die muslimische Frau gesprochen und geschrieben und nicht *mit* ihr. Die Autorin deutet diesen Mechanismus als Teil der vorherrschenden Ausgrenzungspolitik.

Grundsätzlich betrachten Postkoloniale Studien die Auswirkungen des Kolonialismus aus politischer, sozialer und kultureller Sicht. Dass dieser Versuch mit dem Anspruch einhergeht, den postkolonialen Feminismus in den Politikwissenschaften einzuordnen, ist eine nicht übertriebene Herangehensweise. In der gegenwärtigen (ökonomischen) Globalisierung werden zudem Konkurrenzkampf, Polarisierungen und Ungleichheiten unter Frauen deutlich. Zwar klappt die Darstellung der Theorie sehr präzise, jedoch bleibt die Verortung etwas fragil. Klar wird allerdings, dass sowohl Wissen als auch politische Standpunkte stets kontextgebunden sind und „dass erfolgreiche feministische Bündnisse immer respektvolle Sympathie für die Verortun-

gen und Sichtweisen der *Anderen* verlangen“.

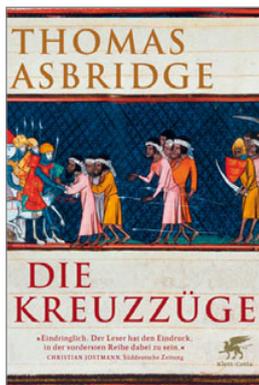
Das Buch ist übersichtlich aufgebaut, die Übergänge in sich schlüssig. Die Gewichtung der herangezogenen Literatur fällt eindeutig zugunsten von wissenschaftlichen Aufsätzen und Werken in englischer und deutscher Sprache aus, sodass eine präzise Repräsentation des theoretischen Teils aus politikwissenschaftlicher Sicht in sich eine funktionierende Konzeption aufweist. Eine ansprechende, bereichernde Publikation zum Thema. *Ibrahim Yavuz*

Nermin Ismail

Ungehörte Stimmen: Repräsentation und Wissensproduktion aus postkolonial-feministischer Perspektive

Löcker Verlag, 2016
220 Seiten, 22 Euro

BUCH



Der Heilige Krieg

Die Kreuzzüge werden immer wieder als angstbesetztes Beispiel dafür zitiert, in welchem Spannungsverhältnis Religio-

nen bzw. Kulturen zueinander stehen. „Die Kreuzzüge“ von Thomas Asbridge zeichnen ein anderes Bild. Auf über 800 Seiten wird deutlich, dass die Kreuzzüge primär eine Frage der Politik, insbesondere der Machtpolitik in Hinblick auf Byzanz waren. Als Papst Urban II im November 1095 in der Predigt von Clermont zur Mobilisierung rief, da ging es nicht um religiöse Spannungen mit dem islamischen Spanien (al Andalus), sondern um einen Vorwand, das damalige geistig-kulturelle Zentrum Byzanz zu schützen. Mit der Versprechung des Papstes: Jeder, der stirbt, wird ein Märtyrer. Auch mit der Frömmigkeit ist

das so eine Sache. Die „Kreuzritter“, zum Gutteil ein mittelloser Mob mit dem Anspruch auf Reichtum, begannen bereits in den eigenen Ländern zu morden und brandschatzen. Im arabischen Raum sprach man von den „Barbaren aus dem Westen“. Die Franken spießten die Köpfe ihrer Gegner auf, es kam zu Kannibalismus und anderen Gräueltaten. Schließlich in Jerusalem angelangt, töteten die Franken, so berichtet der Historiker Ibn al-Athir, mehr als 70.000 Muslime in der al-Aqsa Moschee und plünderten den Felsendom. Viele der Fürsten, die die Kreuzfahrer-Heere anführten, standen in harter Konkurrenz zu einander – um

Erfolg, Reichtum und um den eigenen Status in ihrem Herkunftsland zu verbessern. Die Kreuzzüge zwischen 1096 und 1291 sind vieles in der Beschreibung des Professors für Mittelalterliche Geschichte – nur besonders heilig sind sie nicht. Auch wenn damals zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen wurde. Ein Buch, das wissenschaftlichen Anspruch mit historischer Verständlichkeit bestens verbindet. *red*

Thomas Asbridge

Die Kreuzzüge

Klett-Cotta Verlag 2015
(Vierte Auflage)
830 Seiten, 17 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Willkommensstadt

Wo und wie Kriegsflüchtlinge unterzubringen sind, ist nicht nur in der EU ein Thema, auch in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Merkels „Wir schaffen das“ bietet unter politischen KontrahentInnen heute noch genügend Reibung und auch in Österreich war eine allseits glaubwürdige Persönlichkeit wie der Ex-Raiffeisen-Chef Christian Konrad gefragt, um als Flüchtlingskoordinator hinter den Kulissen auf lokaler und regionaler Ebene zu vermitteln. Der Titel „Willkommensstadt“ dockt wohl nicht ganz unbeabsichtigt an den von Mitte-rechts kritisierten Begriff der Willkommenskultur an. Es geht um eine der zentralen Fragen: wo Vertriebene – in Deutschland über eine Million Menschen, in Österreich 100.000 Menschen – untergebracht werden können. Autor Daniel Fuhrhop versucht das Thema möglichst praxisnahe zu verhandeln. Er bindet die Flüchtlingsfrage in demographische Kontexte ein, erzählt von Mecklenburg-Vorpommern, wo 50.000 Wohnungen leer stehen und von

Hamburg, eine Schwarmstadt, in die viele ziehen wollen, wodurch der Wohnraum sich verknappt. Er berichtet von Plänen des Landes Hamburg, ein eigenes Viertel für mehrere Tausend Flüchtlinge aus dem Boden zu stampfen, von Widerständen und konstruktiven anderen Lösungen, die statt einer Ghettoisierung die Einbindung und Integration der Menschen fördern. Und er erlaubt sich, eines seiner gut gegliederten Kapitel mit einer Vision zu beginnen, in der die Besitzer von Einfamilienhäusern eine Etage Flüchtlingsfamilien zur Verfügung stellen und sogar die öffentliche Verwaltung dazu bringen, dass sie den Bau für eine zweite Eingangstür genehmigen. Auch wenn es sich hier um eine Vision für ein gemeinschaftliches Zusammenleben aus dem Jahr 2036 handelt, gibt es doch auch in vielen ländlichen Orten schon jetzt Beispiele, die zeigen, dass der persönliche Kontakt Ängste abbaut und Vertrauen schafft.

Noch schaut die Realität jedoch anders aus, wiewohl sie von einem Autor geschildert wird, der nicht moralisiert oder sich anbiedert, sondern in sachlichem Tonfall eine Menge an Informationen referiert. In Deutschland ist der Stand der Dinge so, dass die Kommunen und Länder fieberhaft nach Wohnraum suchen. Alte Turnsäle, ehemalige Kasernen, Ämter, ja selbst aufgelassene Kirchenbauten werden zu Unterkünften umfunktioniert. Interessant, wie die politischen Diskussionen ablaufen. In Tübingen bildete sich die „Neue Nachbarn KG“, die einen Neu-

bau von 1.000 Quadratmetern für siebenzig Flüchtlinge errichten möchte. Nach dem Motto, so Fuhrhop: „Wir zünden keine Häuser an – wir bauen welche.“ In Berlin sollen viele leerstehende Häuser genutzt werden, auch das alte Rathaus Wilmersdorf, das alte Rathaus Friedenau, die ehemalige Lungenklinik Heckeshorn am Wannsee. Der Autor merkt kritisch an, dass nur wenige Gemeinden über einen Leerstandsmanager verfügen: Zwei Drittel der Gemeinden wüssten nicht einmal, wie viel bei ihnen leersteht. Mithilfe einer Onlineplattform will das Land Nordrhein-Westfalen, wo 200.000 Wohnungen leer stehen, nun Städte und Vermieter verbinden und so 80.000 leerstehende Wohnungen neu nutzen. Ein wenig skurril: Selbst zwei ehemalige Donau-Kreuzfahrtschiffe, die MS Diana und die Solaris werden umfunktioniert. Das Boot sei noch nicht voll, zitiert der Autor einen einschlägigen Spruch. Interessant auch, dass in Tübingen entschieden wurde, Bußgelder bis zu 50.000 Euro zu verhängen, wenn sich Besitzer weigern, die Wohnung zur Verfügung zu stellen. Leerstehende Wohnungen würden sonst als zweckentfremdet gelten.

Neben verwaltungspolitischen Maßnahmen wie diesen beschreibt Fuhrhop Modelle gemeinschaftlichen Wohnens, und zieht mehrmals Parallelen zum Jahr 1945, als die ersten von hunderttausenden „Vertriebenen“ in Deutschland untergebracht werden sollten. Ein, auf den ersten Blick eigentümlicher, aber interessanter Ver-

gleich. Und auch Wien findet mit positiven Beispielen in dieses Buch: Das Seniorenheim beim Wiener Prater, von der Caritas betrieben, hat das ehemalige Hotel Magdas zu einem Wohnheim für Flüchtlinge umgebaut, mit gespendeten Möbeln und Arbeitsstätten. Oder die Vinzi-Rast zeigt vor, wie zwei konträre Bevölkerungsgruppen, Studierende und Obdachlose, ein gemeinsames Haus bewohnen.

Kritik übt Fuhrhop an der Politik, die zu sehr auf klassische Investoren zurückgreift und kleine Projekte „eher widerwillig“ wahrnimmt. Damit, so der Autor vergibt sie eine Chance, denn viele dieser Projekte sind heute nicht mehr klein, wie das Gängeviertel Hamburg oder ExRotaprint in Berlin beweisen. *red*

Daniel Fuhrhop
Willkommensstadt – Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden
 Oekom Verlag, 2016
 216 Seiten, 18 Euro



PKP BBDO

Mit freundlicher Unterstützung von Vienna Paint und adb.

WENN WERTE MIT FÜSSEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe.
IBAN: AT 876 000 000 091 000 590 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at

SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

HETZE

Gegen Hass im Netz wehren

Botschaften voll Hass und Hetze verbreiten sich im Internet. Die Härte und Bösartigkeit, die viele Postings beinhalten, sind schockierend. Doch wer diesem Hass ausgesetzt ist oder beobachtet, wie andere Menschen Opfer dieser Angriffe werden, muss nicht tatenlos zusehen.

SOS Mitmensch hat eine Kurzanleitung online gestellt, wie sich Menschen gegen Hass im Netz wehren können. Auf der Webseite

von SOS Mitmensch finden sich Informationen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und zu Möglichkeiten, Drohungen, Gewaltaufrufe, Hetze und Verstöße gegen das Verbotsgesetz zu melden und anzuzeigen. Auf Hass im Netz sollte nicht mit Gegenhass reagiert werden. Stattdessen sollte dort, wo es möglich ist, Aufklärung betrieben, und dort, wo es notwendig ist, gemeldet und angezeigt werden.

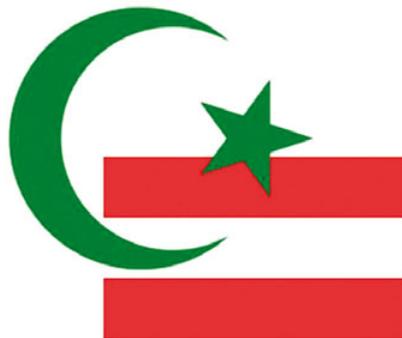


Aufklären, melden, anzeigen. Gegen Hass im Netz.

WISSEN

30 Fragen und Antworten zu MuslimInnen und Islam

SOS Mitmensch hat eine Fragen- und Antworten-Webseite zu MuslimInnen und Islam in Österreich erstellt. Wir beantworten 30 häufig gestellte Fragen: von der Geschichte der MuslimInnen in Österreich über die Aussagekraft einzelner Koranzitate bis hin zur Frage, warum sich gerade bezüglich des Tragens von Kopftüchern immer wieder emotionale Debatten entzünden. Die Webseite soll Wissen stärken und Vorurteilen vorbeugen. Sie soll auch dazu anregen, die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime in ihrer gesamten Vielfalt wahrzunehmen. Und sie soll dazu beitragen, dass vorhandene gesellschaftliche Dis-



kussions- und Problembereiche differenziert und wissensbasiert angesprochen und abgehandelt werden.

Nichtreligiöse Menschen und Angehörige unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften bilden gemeinsam die Zukunft Österreichs. Deshalb beinhaltet die Webseite auch eine Antwort auf die Frage, was es braucht, damit das demokratische Zusammenleben in einer Gesellschaft, die sowohl von religiöser Vielfalt als auch von Nichtreligiosität geprägt ist, gut funktioniert. Wir nennen dazu insgesamt zehn Punkte, die von allen wichtigen gesellschaftlichen, politischen und religiösen Akteurinnen und Akteuren mitgetragen werden sollten.

Alle Infos finden Sie auf der Webseite von SOS Mitmensch www.sosmitmensch.at

Warum wir helfen

Freiwillige Helferinnen und Helfer, die geflüchtete Menschen unterstützen, spielen in Österreich eine nicht mehr wegzudenkende Rolle. Sie leisten einen wertvollen Beitrag, dass Menschen, die erst seit kurzem hier sind, Fuß fassen können. SOS Mitmensch ruft zu Hilfeleistung auf. Infos auf unserer Webseite.

Fakten zu Kriminalität

Immer öfter kursieren in sozialen Netzwerken Gerüchte und Falschinformationen zu kriminellen Handlungen. Medien sprechen von einer „Explosion“ der Kriminalität. SOS Mitmensch hat die Fakten zu Gewaltkriminalität unter die Lupe genommen und übersichtlich aufbereitet. Infos auf unserer Webseite: www.sosmitmensch.at

Zivilgesellschaft präsentiert Budget

Zivilgesellschaftliche Organisationen mit gewerkschaftlichem, ökologischem, ökonomischem und menschenrechtlichem Hintergrund präsentieren im Herbst 2016 wieder ein eigenes Zukunftsbudget. Es zeigt Alternativen zur herkömmlichen Budgetpolitik auf. Infos unter: www.wege-aus-der-krise.at



Richtig umverteilen.

ANDERE ÜBER ...

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL, DIE DRITTE

Ich möchte mich nicht wundern müssen, „was noch alles geht“

Franz Fischler meint: Der Bundespräsident muss eine Integrationsfigur für alle ÖsterreicherInnen sein. Er ist nicht dazu da, auszugrenzen. Damit spricht der ehemalige EU-Kommissar eine klare Wahlempfehlung aus.

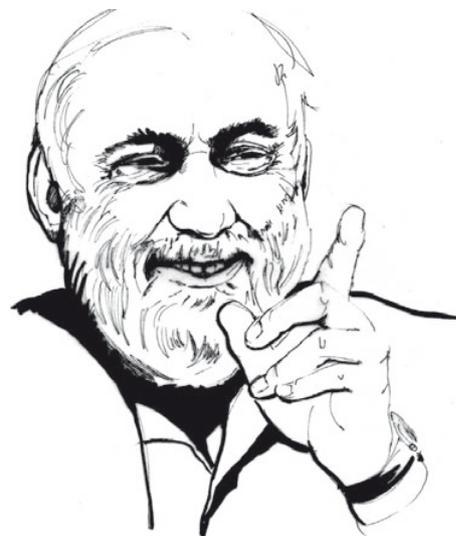


Illustration: Petja Dimitrova

Das Datum des dritten Durchgangs der Präsidentschaftswahlen rückt näher, der Wahlkampf hat wieder Fahrt aufgenommen und da sind sie wieder: die Emotionen für oder gegen einen der beiden Kandidaten, die Untergriffe, die Verleumdungen und hie und da auch einige rationale Argumente.

Ich weiß zwar, dass letztere leider nicht unbedingt wahlentscheidend sind, weil die „Likes“ und „Dislikes“ auf Facebook immer mehr die Oberhand gewinnen, aber gerade in dieser Lage einen kleinen Schritt zurück zu machen und einige nüchterne Überlegungen dem überschwappenden Schaum vor den Mündern der sozialen Medien gegenüberzustellen, kann jedenfalls nicht schaden.

Grundsätze, Kompetenz, Geschick

Die Institution „Bundespräsident“ ist ein Dienst an Österreich. Daher sind die Kandidaten danach zu beurteilen, wer von ihnen diesen Dienst am besten leisten kann. Da fällt die Wahl – mir zumindest – nicht schwer.

Der Bundespräsident muss eine Integrationsfigur für alle ÖsterreicherInnen sein, er ist nicht dazu da, auszugrenzen, die Konfrontation zu suchen, potentielle Konflikte anzuzünden oder Österreich international zu isolieren. Seine Wirkung nach außen hängt wesentlich von seiner Persönlichkeit, von seinen politischen Grundsätzen, von seiner Kompetenz und seinem Geschick ab.

Ich möchte mich daher nicht wundern müssen, was „noch alles geht“, sondern gerne wissen, welche Rolle unser künftiger Präsident zu spielen gedenkt.

Ich kann mit einem Bundespräsidenten nichts anfangen, der sich nicht klar zur Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Europäischen Union bekennt und für den die Menschenrechte nicht die unverrückbare Basis für sein politisches Handeln sind. Der Bundespräsident ist gleichzeitig auch eine Projektionsfläche jener Politik, für die Österreich steht. Auf dieser Projektionsfläche möchte ich ein weltoffenes, kreatives, friedliches, freiheitsliebendes, nachhaltiges und gerechtes Österreich ableiten können.

Ich bin mir aber auch darüber im Klaren, dass es den idealen Kandidaten, der alle diese Anforderungen zu Hundert Prozent erfüllt, nicht gibt. Daher geht es eben um das Abwägen, wem ich mehr vertraue, dass er den Anforderungen an dieses Amt am ehesten gerecht wird. Dieser Arbeit sollten wir jedenfalls nicht dadurch aus dem Weg gehen, dass wir am 2. Oktober zu Hause bleiben. Die Zeiten werden ruppiger, in den politischen Auseinandersetzungen sind Anstand und Toleranz immer seltener geübte Qualitäten. Daher wünsche ich mir jemanden als Nr. 1 des Staates, der zumindest ansatzweise als Kontrastprogramm zum allgemeinen Trend wahrgenommen werden kann.

ZUR PERSON

Franz Fischler

1946 in Tirol geboren, studierte Landwirtschaft an der BOKU Wien. Er war Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, später EU-Kommissar für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes. Von 2005 bis Ende 2011 war Franz Fischler Präsident des Ökosozialen Forums. Als EU-Kommissar sprach er sich für die Einführung der Tobin-Steuer (auf Devisentransaktionen als erste eigene Steuer der Europäischen Union) zur Armutsbekämpfung aus. Er ist Präsident des Europäischen Forums Alpbach.

„Eine unbequeme Zeitung. Aber deshalb abonniere ich sie ja.“

3 WOCHEN
GRATIS
TESTEN!



Die Zeitung für Leserinnen und Leser

DER STANDARD verbessert Ihre Lebensqualität

Waidegg – Das Handformat macht mit der Aktion „Jetzt 3 Wochen gratis testen“ derzeit von sich reden. Max Manus, Österreichs führender Hersteller von Handtellern in Originalgröße, bezichtigt den STANDARD, seine Kompakt-Ausgabe im Handformat in Anlehnung an seine linke Hand gestaltet zu haben. Eine Klage wird in zweiter Instanz in Erwägung gezogen, in erster Instanz ist sie bereits abhandgekommen. Derzeit geht man in belesenen Kreisen davon aus, dass das Handformat an sich wohl schon fast so alt ist, wie die Hand selbst – oder doch so alt wie das beliebte Gesellschaftsspiel „Sche-re, Stein, Papier“, in dem jedes Handformat ein anderes schlägt.

dem Thema gesagt haben, viel eher jedoch stammt die Aussage von dem Rapper HaHaND\$, dem Drechsler handfester Sprüche. Aus heimischen Politikerkreisen war zuletzt wenig zu vernehmen, nicht zum Thema Handformat, sondern ganz allgemein. Ein neuerliches Gutachten der Argru HAND (Heutige Angehende Neue Denker) will nun einen Zusammenhang zwischen dem Lesen des Handformats in kritischen Kreisen und der Handlichkeit unbeugsamen Journalismus im Allgemeinen herstellen, was wohl insofern als gegeben zu erachten ist, als die Neuen Denker überdurchschnittlich häufig auch Abonnenten einer gewissen



KOMPAKT

E-PAPER

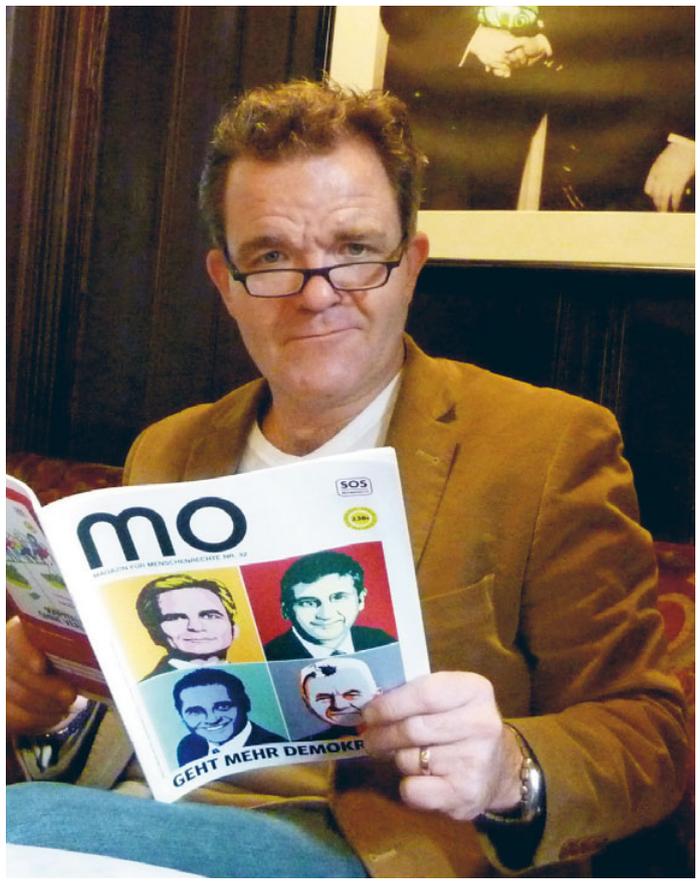
Flexibel im Format, unbeugsam im Inhalt. Jetzt 3 Wochen gratis lesen. Gleich bestellen unter:
derStandard.at/Testlesen



Die Zeitung für Leser

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**